

Sozialleistungen

Sozialhilfe im Ländervergleich Hilfe zum Lebensunterhalt

2004

Erscheinungsfolge: jährlich
Erschienen am 21. August 2006
Artikelnummer: 5221204047004

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung können Sie direkt beim Statistischen Bundesamt erfragen:
Gruppe VIII B 3, Telefon: +49 (0) 18 88 / 644 8953 ; Fax: +49 (0) 18 88 / 644 8953 oder E-Mail:
sozialhilfe@destatis.de

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorbemerkung	4
1. Sozialhilfe im engeren Sinne:	
Wesentliche Strukturdaten 2004	5
1.1 Empfänger	5
<i>Tabelle 1.1, Schaubild 1.1.1 und 1.1.2</i>	
1.2 Aufwand	7
<i>Tabelle 1.2 und 1.3, Schaubild 1.2</i>	
2. Ausländer mit Sozialhilfebezug	8
<i>Tabelle 2.1 und 2.2, Schaubild 2.1.1, 2.1.2 und 2.2</i>	
3. Altersstruktur der Sozialhilfeempfänger	11
<i>Tabelle 3.1 und 3.2, Schaubilder 3.1 und 3.2</i>	
4. Haushaltsstruktur der Sozialhilfeempfänger	12
4.1 Haushaltsgröße	12
<i>Tabelle 4.1, Schaubild 4.1</i>	
4.2 Haushaltstyp	13
<i>Tabelle 4.2.1, 4.2.2, 4.2.3 und 4.3, Schaubild 4.2 und 4.3</i>	
5. Sozialhilfebedarf und -anspruch	15
<i>Tabelle 5.1 und 5.2, Schaubild 5.1.1, 5.1.2 und 5.2</i>	
6. Sozialhilfebezug und Arbeitslosigkeit	19
<i>Tabelle 6.1, Schaubild 6.1</i>	
7. Entwicklung der Sozialhilfebedürftigkeit seit 1997	21
<i>Tabelle 7.1, Schaubild 7.1 und Tabelle 7.2</i>	
8. Auswirkungen des Grundsicherungsgesetzes (GSiG)	22
<i>Tabelle 8.1 und 8.2</i>	
9. Wichtige Änderungen ab 2005	24
Anhang: Tabellen, Schaubilder	25

VORBEMERKUNG

Der vorliegende Ländervergleich gibt einen Überblick über zahlenmäßige Unterschiede zwischen den Bundesländern hinsichtlich einiger wichtiger Strukturdaten aus der Sozialhilfestatistik. Eine genauere Analyse oder Interpretation der länderspezifischen Unterschiede ist in diesem Rahmen allerdings nur eingeschränkt möglich. Betrachtet werden soll hier allein die sog. „Sozialhilfe im engeren Sinne“, d. h. die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich im Wesentlichen auf die Ergebnisse der Sozialhilfestatistik für das Berichtsjahr 2004.

1. SOZIALHILFE IM ENGEREN SINNE:
WESENTLICHE STRUKTURDATEN 2004

1.1 EMPFÄNGER

Tabelle 1.1, Schaubild 1.1.1 und 1.1.2

Zum Jahresende 2004 erhielten insgesamt **2,91 Mill. Personen in 1,46 Mill. Haushalten** Sozialhilfe im engeren Sinne, d.h. laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen¹; im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Empfänger damit um 3,3% an. Während in Westdeutschland (ohne Berlin) die Gesamtzahl der Empfänger gegenüber 2003 um 3,1% stieg, war in Ostdeutschland (ohne Berlin) im selben Zeitraum ein stärkerer Anstieg festzustellen (+4,4%)². Die Sozialhilfequote (Anteil der Hilfebezieher an der Bevölkerung bzw. jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %) betrug 3,5%, was eine nochmalige Steigerung gegenüber dem Vorjahr bedeutet (Sozialhilfequote Ende 2003: 3,4%).

Unter den Empfängern waren bundesweit 2,28 Mill. Deutsche (+3,7%)³ und 635 000 Ausländer (+2,9%). Der Ausländeranteil lag somit bei 21,8%. Unter den Sozialhilfe-Empfängern überwogen mit 54,8% die weiblichen Bezieher. Bei den Deutschen betrug der Anteil der weiblichen Bezieher 55,3%, unter den Ausländern 53,0%.

Viele der Sozialhilfebezieher sind **Kinder**: So waren zum Jahresende 2004 knapp 1,12 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (ein Anstieg von 3,7% gegenüber 2003) von Sozialhilfe betroffen, das sind 38,4% der Empfänger. Gut die Hälfte dieser Kinder lebte in Haushalten von allein erziehenden Frauen. Die vergleichsweise hohe Inanspruchnahme der Sozialhilfe durch Kinder drückt sich auch in der Sozialhilfequote aus. Während am 31.12.2004 insgesamt 3,5% der Bevölkerung Sozialhilfe im engeren Sinne bezogen, war diese Quote bei den unter 18jährigen mit 7,5% mehr als doppelt so hoch. Es ist zudem festzustellen, dass die Sozialhilfequote umso höher ist, je jünger die Kinder sind. Im Gegensatz hierzu liegt die Sozialhilfequote der **älteren Menschen** deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt, und zwar umso mehr, je älter die Personen sind.

¹ Die Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne werden im Folgenden kurz „Sozialhilfeempfänger“ genannt.

² Aufgrund der zum 1.1.2001 in Kraft getretenen Bezirksreform in Berlin ist ab dem Berichtsjahr 2001 eine Aufbereitung und Darstellung der Ergebnisse der Sozialhilfestatistik für das ehemalige Berlin-West und Berlin-Ost nicht mehr möglich. Sofern im folgenden Ergebnisse für West- bzw. Ostdeutschland präsentiert werden, sind diese Angaben jeweils **ohne** die Daten für Berlin berechnet.

Dies steht auch in Zusammenhang mit dem Grundsicherungsgesetz (zur Sozialhilfebedürftigkeit der ab 65jährigen siehe auch Kapitel 8 – Auswirkungen des Grundsicherungsgesetzes (GSiG)).

Ferner ergeben sich hinsichtlich der Sozialhilfebedürftigkeit folgende Zusammenhänge: **Frauen** beanspruchen mit einer Quote von 3,8% relativ häufiger Sozialhilfe als Männer mit 3,3%. **Ausländer** weisen mit 8,7% (ausländische Männer 7,9%, ausländische Frauen 9,6%) eine deutlich höhere Bezugsquote als **Deutsche** mit 3,0% (deutsche Männer 2,8%, deutsche Frauen 3,3 %) auf.

Eine regionalspezifische Betrachtung ergibt folgendes Bild: 2,2 Millionen Sozialhilfeempfänger lebten am Jahresende 2004 im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West), 445 000 in den neuen Ländern (ohne Berlin-Ost) und 271 000 in Berlin. Die Sozialhilfequote ist damit im Osten Ende 2004 erstmals genauso hoch wie im Westen. 1997 betrug die Differenz zwischen West- (3,6%) und Ostdeutschland (2,2%) noch 1,4%-Punkte (nähere Einzelheiten zur Entwicklung der Sozialhilfebedürftigkeit finden sich in Teil 7 sowie in den Tabellen 7.1 und 7.2 der vorliegenden Publikation).

Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) ist ansatzweise ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar, das heißt relativ hohe Sozialhilfequoten im Norden und der Mitte Deutschlands, niedrige Quoten im Süden (mit Ausnahme des Saarlandes). So wurden zum Jahresende 2004 für das Saarland (4,3%), Schleswig-Holstein (4,1%) und Nordrhein-Westfalen (4,0%) die höchsten Quoten innerhalb der Flächenländer ermittelt, während sich für Bayern mit 1,9% und Baden-Württemberg mit 2,2% die niedrigsten Quoten ergaben. Die höchsten Quoten (sowohl für West- als auch Ostdeutschland) waren in den drei Stadtstaaten zu verzeichnen: Bremen (9,0%), Berlin (8,0%) und Hamburg (7,1%). In den neuen Ländern wies Ende 2004 Thüringen mit 2,5% die niedrigste Sozialhilfequote auf, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit 4,1% bzw. 3,9% die höchsten.

³ Sofern nicht anders gekennzeichnet, beziehen sich alle Veränderungen auf das Jahr 2003.

Allgemeine Sozialhilfequote (Empfänger)

Deutschland 2004: 3,5 %

2003: 3,4 %

Überdurchschnittlich	2004	2003	Unterdurchschnittlich	2004	2003
Bremen	9,0 %	9,2 %	Bayern	1,9 %	1,8 %
Berlin	8,0 %	7,7 %	Baden-Württemberg	2,2 %	2,1 %
Hamburg	7,1 %	6,9 %	Thüringen	2,5 %	2,3 %
Saarland	4,3 %	4,1 %	Rheinland-Pfalz	2,5 %	2,5 %
Mecklenburg-Vorpommern	4,1 %	3,8 %	Brandenburg	3,0 %	3,0 %
Schleswig-Holstein	4,1 %	4,1 %	Sachsen	3,2 %	3,1 %
Nordrhein-Westfalen	4,0 %	3,8 %			
Hessen	3,9 %	3,9 %			
Niedersachsen	3,9 %	3,9 %			
Sachsen-Anhalt	3,9 %	3,8 %			

1.2 AUFWAND

Tabelle 1.2 und 1.3, Schaubild 1.2

In Deutschland wurden im Jahr 2004 für die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) brutto rund 10,0 Mrd. EUR ausgegeben, das waren 37,9 % der gesamten **Sozialhilfeausgaben** (26,4 Mrd. EUR). Nach Abzug der Einnahmen bei dieser Hilfeart in Höhe von 1,2 Mrd. EUR beliefen sich die reinen Ausgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt auf 8,8 Mrd. EUR (+0,8% gegenüber 2003); rein rechnerisch waren dies durchschnittlich 106,85 EUR je Einwohner. Für die Unterpositionen der Hilfe zum Lebensunterhalt (s. Tab. 1.2) können im Rahmen der Sozialhilfestatistik nur die Bruttoausgaben (also nicht die reinen Ausgaben) angegeben werden. So belief sich der korrespondierende Ausgabebetrag (brutto) für die laufenden Leistungen (ohne Hilfe zur Arbeit) der Sozialhilfe im engeren Sinne im Jahr 2004 (Deutschland) auf 7,3 Mrd. EUR (+1,3 %). Zusätzlich hierzu wurden im Jahr 2004 noch 1,1 Mrd. EUR (brutto) für laufende Leistungen in Form von Hilfe zur Arbeit sowie 1,3 Mrd. EUR für einmalige Leistungen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt ausgegeben.

Ein Vergleich der reinen HLU-Ausgaben je Einwohner auf Länderebene entspricht weitgehend dem Bild der empfängerbezogenen Sozialhilfequoten. So waren im Jahr 2004 die höchsten Sozialhilfeausgaben je Einwohner in den drei Stadtstaaten zu verzeichnen: Bremen 280,37 EUR, Berlin 265,02 EUR und Hamburg: 241,61 EUR. Von den West-Flächenstaaten wiesen Schleswig-Holstein (136,85 EUR) und das Saarland

(134,46 EUR) die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben auf, während sich für Bayern (60,86 EUR) und Baden-Württemberg (66,61 EUR) die niedrigsten Werte ergaben. Im Osten wurden die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben in Mecklenburg-Vorpommern (108,82 EUR) ermittelt, die niedrigsten in Thüringen (58,35 EUR). Insgesamt waren die reinen HLU-Ausgaben je Einwohner im Westen (ohne Berlin) mit 103,78 EUR je Einwohner (+0,9%) deutlich höher als im Osten (ohne Berlin) mit 82,11 EUR je Einwohner (+3,2%).

2. AUSLÄNDER MIT SOZIALHILFEBEZUG

Tabelle 2.1 und 2.2, Schaubild 2.1.1, 2.1.2 und 2.2

Ende 2004 bezogen 8,7% (+0,3%-Punkte gegenüber 2003) der in Deutschland lebenden Ausländer Sozialhilfe im engeren Sinne⁴. In Westdeutschland war das „Sozialhilferisiko“ für die Ausländer mit 8,1% (+0,2%-Punkte) etwas geringer als in Ostdeutschland mit 9,7% (+0,7%-Punkte). Im Großen und Ganzen verhalten sich die landesspezifischen Sozialhilfequoten der Ausländer wie die allgemeinen Sozialhilfequoten, das heißt Länder mit einer relativ hohen allgemeinen Sozialhilfequote weisen in der Regel auch eine relativ hohe Ausländer-Sozialhilfequote auf und umgekehrt.

Sozialhilfequote der Ausländer Deutschland 2004: 8,7 %

Überdurchschnittlich	2004	2003	Unterdurchschnittlich	2004	2003
Bremen	19,5%	20,0%	Baden-Württemberg	4,8%	4,8%
Berlin	16,1%	16,0%	Bayern	5,2%	4,8%
Sachsen-Anhalt	14,2%	12,9%	Rheinland-Pfalz	6,1%	6,1%
Hamburg	13,9%	13,1%	Thüringen	6,6%	5,9%
Mecklenburg-Vorpommern	13,5%	12,0%	Brandenburg	7,0%	6,5%
Schleswig-Holstein	11,6%	10,7%			
Niedersachsen	11,0%	11,2%			
Hessen	10,8%	11,0%			
Saarland	9,7%	8,9%			
Sachsen	9,5%	9,0%			
Nordrhein-Westfalen	9,2%	8,5%			

⁴ Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit den Vorjahren wird zur Berechnung der Quoten hier um im Folgenden auf die Zahl der Ausländer vor Bereinigung des Ausländerzentralregisters zurückgegriffen. Bei Berücksichtigung der Korrektur beträgt zum Jahresende 2004 die Sozialhilfequote der Ausländer 9,5%.

Während zwischen 2002 und 2003 in der Mehrzahl der Länder ein leichter Rückgang der Ausländer-Sozialhilfequote zu beobachten war, stieg zwischen 2003 und 2004 in der Mehrzahl der Länder die Ausländer-Sozialhilfequote an. Im Westen wurde der Anstieg am deutlichsten in Schleswig-Holstein (+0,9%-Punkte) sowie im Saarland und Hamburg (je +0,8%-Punkte). Der höchste Anstieg bei den ostdeutschen Ländern war in Mecklenburg-Vorpommern (+1,5%-Punkte) zu beobachten. Ein Rückgang der Ausländer-Sozialhilfequote wurde dagegen nur in Bremen (−0,5%-Punkte) sowie in Niedersachsen und Hessen (je −0,2%-Punkte) ermittelt. Bremen wies dennoch zum Jahresende 2004 mit 19,5% nach wie vor die höchste Ausländer-Sozialhilfequote in Deutschland auf.

Betrachtet man den Anteil der Ausländer unter den Sozialhilfeempfängern, wird eine deutliche Ost/West-Diskrepanz sichtbar: Während Ende 2004 im Westen 24,2% aller Sozialhilfeempfänger Ausländer waren, belief sich dieser Anteilswert im Osten auf lediglich 7,0%. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass in Ostdeutschland mit einem Bevölkerungsanteil von 2,4% vergleichsweise wenige ausländische Mitbürger lebten (siehe Schaubild 2.2). So bewegte sich der dortige Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung Ende 2004 zwischen 1,9% in Sachsen-Anhalt und 2,8% in Sachsen. Im Westen war der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung mit 9,9% durchweg deutlich höher. Die höchsten Werte wiesen dabei die Stadtstaaten Hamburg (14,1%) und in Bremen (12,8%)⁵ sowie Baden-Württemberg (12,0%) und Hessen (11,4%) als Flächenstaaten auf. In Schleswig-Holstein (5,3%) und Niedersachsen (6,7%) war der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung innerhalb der West-Länder am niedrigsten.

Bei den Ausländer-Anteilen an den Sozialhilfebezieher ergibt sich folgendes Bild: Der Ausländeranteil an den Sozialhilfeempfängern war im Westen sehr unterschiedlich. Dort ergab sich eine Spannweite von 15,4% zum Jahresende 2004 in Schleswig-Holstein bis 31,6% in Hessen. Im Osten war die Spannbreite der Ausländer-Anteile an allen Sozialhilfeempfängern wesentlich kleiner: Hier lagen die Werte zwischen 5,3% in Thüringen und 8,1% in Sachsen. In Thüringen war also lediglich jeder 20. Hilfebezieher ausländischer Staatsbürger, während es in Hessen nahezu jeder Dritte war.

⁵ Für Westdeutschland wurde Berlin nicht mitberücksichtigt. Berlin besitzt einen Ausländeranteil von 13,4 % und liegt somit zwischen Bremen und Hamburg.

Obwohl die Sozialhilfequote der Ausländer im Osten teilweise relativ hoch ist (z. B. Sachsen-Anhalt mit 14,2% bzw. Mecklenburg-Vorpommern mit 13,5%), wirkt sich dies auf die allgemeine Sozialhilfequote aufgrund des insgesamt geringen Ausländeranteils an der Bevölkerung nur unwesentlich aus. Folgerichtig liegt dort die allgemeine Sozialhilfequote nur wenig über der Quote für die Sozialhilfebezieher mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Für den Westen lässt sich festhalten, dass Länder mit einer hohen Sozialhilfequote in der Regel auch eine hohe Sozialhilfequote unter den Ausländern aufweisen und umgekehrt. So hatte beispielsweise Baden-Württemberg, welches mit 2,2% eine unterdurchschnittliche Sozialhilfequote aufwies, mit einem überdurchschnittlich hohen Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung von 12,0% mit 4,8% die niedrigste Ausländer-Sozialhilfequote im ganzen Bundesgebiet. Dagegen geht besonders in den Stadtstaaten, aber auch in Hessen (also jeweils Länder mit einem hohen Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung) die überdurchschnittlich hohe Sozialhilfequote mit einer überdurchschnittlich hohen Ausländer-Sozialhilfequote einher. In Schleswig-Holstein und Niedersachsen, ebenfalls Länder mit einer überdurchschnittlichen Sozialhilfequote, hingegen wurden trotz eines relativ niedrigen Ausländeranteils an der Bevölkerung überdurchschnittlich hohe Ausländer-Sozialhilfequoten festgestellt.

Im Zeitverlauf ist festzustellen, dass von 1997 bis 2004 die Sozialhilfequote unter den Deutschen konstant bei 3,0% blieb, während sich die Sozialhilfequote unter den Ausländern im gleichen Zeitraum von 9,0% auf 8,7% verringerte. Diese Entwicklung ist vor allem auf Westdeutschland zurückzuführen, wo die Sozialhilfequote bei den Ausländern um 0,6%-Punkte sank, während sie in Ostdeutschland um 3,5%-Punkte stieg und nunmehr mit 9,7% auch über den Bundesdurchschnitt liegt. Der stärkste Rückgang der Sozialhilfequote unter den Ausländern war mit 2,5%-Punkten bzw. 2,1%-Punkten im Saarland bzw. in Niedersachsen zu verzeichnen. Der stärkste Anstieg war mit 4,7%-Punkten bzw. 4,6%-Punkten in Sachsen bzw. Mecklenburg-Vorpommern zu verzeichnen.

3. ALTERSSTRUKTUR DER SOZIALHILFEEMPFÄNGER

Tabelle 3.1 und 3.2, Schaubilder 3.1 und 3.2

Jüngere Menschen, besonders Kinder, beziehen häufiger Sozialhilfe als ältere Menschen. Wie Schaubild 3.1 verdeutlicht, ist diese Rangfolge der altersspezifischen Sozialhilfequoten in jedem Bundesland klar erkennbar; Unterschiede zwischen den Ländern ergeben sich lediglich im Hinblick auf die absolute Niveaulage der landesspezifischen Sozialhilfequote (Nord-Süd-Gefälle bei den Sozialhilfequoten im Westen, generell relativ niedrige Sozialhilfequoten im Osten, hohe Quoten in den Stadtstaaten).

Vergleicht man die **Altersstruktur** der Sozialhilfeempfänger (d.h. die Anteile der Altersgruppen unter den Sozialhilfeempfängern) in den einzelnen Ländern, dann werden jedoch gewisse Unterschiede sichtbar:

- Im Westen (bzw. dort in den einzelnen Ländern) waren die Anteilswerte der
 - Älteren Sozialhilfeempfänger (40 Jahre und älter) mit durchschnittlich 27,4% im Vergleich zu 20,6% höher als im Osten.
 - jüngeren Sozialhilfeempfänger (unter 40 Jahre) mit durchschnittlich 72,6% im Vergleich zu 79,4% geringer als im Osten.
- In allen West-Ländern (ohne Berlin) bildeten die unter 18-jährigen die anteilmäßig größte Gruppe unter den Sozialhilfeempfängern. Die Anteilswerte schwankten dabei zwischen 41,3% in Niedersachsen und 37,6% in Hessen. In den neuen Bundesländern war – wie übrigens auch in Berlin – stets die Altersgruppe der 18- bis 40-jährigen am stärksten vertreten. Hier lagen die Anteilswerte zwischen 41,6% in Sachsen-Anhalt und 43,6% in Mecklenburg-Vorpommern. In Hamburg war die Gruppe der unter 18-jährigen und die Gruppe der 18- bis 40-jährigen mit je 33,9% gleichstark vertreten.
- Personen mit Sozialhilfebezug im Alter von 60 Jahren und älter waren in allen Bundesländern am wenigsten stark vertreten, ihr Anteil lag allerdings im Westen mit durchschnittlich 6,5% mehr als doppelt so hoch als im Osten mit 2,4%. Für Westdeutschland war in Rheinland-Pfalz der Anteil der über 60jährigen an allen Sozialhilfeempfängern mit 8,5% am höchsten und in Schleswig-Holstein mit 4,7% am niedrigsten. In Ostdeutschland ergab sich eine Spannweite von 2,0% (Thüringen) bis

2,5% (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen). Generell lässt sich jedoch festhalten, dass der Anteil der über 60-jährigen im Vergleich zu 2003 insgesamt gesunken ist (hierzu sei auf Kapitel 8 – Auswirkungen des Grundsicherungsgesetzes (GSiG) - verwiesen).

- Das Durchschnittsalter der Sozialhilfeempfänger belief sich bundesweit auf 27,3 Jahre (Westdeutschland: 27,7 Jahre; Ostdeutschland: 24,7 Jahre).

4. HAUSHALTSSTRUKTUR DER SOZIALHILFEEMPFÄNGER

4.1 HAUSHALTSGRÖSSE

Tabelle 4.1, Schaubild 4.1

Die 2,91 Mill. Personen, die zum Jahresende 2004 in Deutschland Sozialhilfe im engeren Sinne bezogen, lebten in 1,46 Mill. Haushalten⁶. In 48,0% der Fälle waren dies **Einpersonenhaushalte**⁷. Danach folgten die Zweipersonenhaushalte mit 23,8% und mit 15,1% die Haushalte mit drei Personen. Vier und mehr Personen hatten 13,1% der Sozialhilfehaushalte. Es lässt sich somit feststellen, dass sich die Haushaltsstruktur im Vergleich zu 2003 nicht signifikant verändert hat.

Im Osten (52,2%) waren Ende 2004 unter den Sozialhilfehaushalten die Mehrpersonenhaushalte etwas weniger vertreten als im Westen (53,1%); 2003 war es noch umgekehrt. Überdurchschnittlich viele Einpersonenhaushalte gab es vor allem in den Stadtstaaten, für Westdeutschland in Bayern und Hessen sowie für Ostdeutschland in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Größere Sozialhilfehaushalte (vier und mehr Personen) hingegen waren relativ häufig in Niedersachsen anzutreffen (15,1%), die wenigsten in Brandenburg bzw. Hamburg (je 10,6%).

⁶ Gemeint sind die sog. Bedarfs- bzw. Einsatzgemeinschaften, die hier der Einfachheit halber kurz als Haushalte bezeichnet werden.

⁷ Die in diesem Absatz genannten Anteilswerte beziehen sich auf diejenigen Haushalte, in denen alle Mitglieder Sozialhilfe erhalten.

4.2 HAUSHALTSTYP

Tabelle 4.2.1, 4.2.2 und 4.2.3, Schaubild 4.2

Über die Haushaltsgröße hinaus können die Sozialhilfehaushalte bzw. Bedarfsgemeinschaften mittels des **Haushaltstyps** weiter klassifiziert werden. Im Wesentlichen unterscheidet man dabei allein Stehende, Ehepaare mit und ohne Kinder sowie allein erziehende Frauen. Die Differenzierung nach diesen Haushaltstypen ergibt für Deutschland folgendes Bild: In der Mehrzahl (39,3%) handelte es sich bei den Sozialhilfehaushalten um allein Stehende; danach folgten die allein erziehenden Frauen mit einem Anteilswert von 24,7% (allein erziehende Männer wiesen einen Anteil von 0,9% auf) vor den Ehepaaren mit Kindern (11,3%) und den Ehepaaren ohne Kinder (6,7%). Auf die Sammelposition "sonstige Haushalte" entfielen 17,1% der Haushalte; hierunter sind nichteheliche Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder (3,9%) sowie Haushalte ohne Haushaltsvorstand bzw. anderweitig nicht erfasste Haushalte (13,2% aller Sozialhilfehaushalte) subsumiert.

Vergleicht man die Struktur der Sozialhilfe beziehenden Haushalte in den einzelnen Bundesländern, dann ergibt sich folgendes Bild:

- In allen Ländern bildeten die **allein Stehenden** die größte Gruppe unter den Sozialhilfehaushalten. Besonders ausgeprägt war die Dominanz der allein Stehenden in den Stadtstaaten, insbesondere Berlin und Hamburg. Darüber hinaus war der Anteil der allein Stehenden im Osten mit 38,3% zum ersten Mal leicht höher als im Westen mit 38,1%. Die Differenzierung nach dem Geschlecht ergab zumeist ein Übergewicht der Männer (Ausnahmen: Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland).
- Die zweitgrößte Gruppe bildeten die Haushalte von **allein erziehenden Frauen**. Ihr Anteil war im Westen im Durchschnitt höher als im Osten (25,6% zu 24,3%). 2003 war der Anteil mit 25,7% zu 25,3% noch im Osten höher als im Westen. Im Westen gab es relativ viele allein erziehende Frauen unter der Sozialhilfehaushalten in Baden-Württemberg (27,8%) sowie Nordrhein-Westfalen (26,8%) und relativ wenige in Hamburg (20,5%) und Hessen (22,6%). In Ostdeutschland waren die allein erziehenden Frauen häufig in Thüringen (26,3%) und relativ wenig in Mecklenburg-Vorpommern (23,0%) vertreten. In Berlin (18,3%) war der Anteil der allein erziehenden Frauen an allen Sozialhilfehaushalten auf Länderebene betrachtet am geringsten.

- Die relativen Häufigkeiten der **Ehepaare mit Kind(ern)** wiesen eine Spannbreite von 7,6% in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt bis 14,2% in Nordrhein-Westfalen auf. Für Westdeutschland ergab sich ein Durchschnittswert von 12,0% und für Ostdeutschland von 8,2%.
- Sozialhilfe beziehende Haushalte von **Ehepaaren ohne Kinder** waren im Westen (7,2%) relativ häufiger als im Osten (4,8%). Die höchsten Anteile wurden in Nordrhein-Westfalen und Bayern (8,2% bzw. 7,6%) festgestellt, die niedrigsten Anteile ergaben sich in Sachsen-Anhalt und Thüringen (4,4% bzw. 4,5%).

In Westdeutschland stieg der Anteil der allein Erziehenden zwischen 1997 und 2004 von 22,4% auf 26,4%. Diese ansteigende Entwicklung ist in allen westdeutschen Bundesländern zu beobachten. In Ostdeutschland sank der Anteil der allein Erziehenden von 25,6% auf 25,2%. Während sich in Westdeutschland der Anteil der Ehepaare mit Kindern kaum änderte, sank der Anteil in Ostdeutschland im Vergleichszeitraum von 12,1% auf 8,2%. Diese Entwicklung war in allen ostdeutschen Bundesländern zu verzeichnen.

Tabelle 4.3, Schaubild 4.3

- Der Anteil der **Familien** (Ehepaare und allein erziehende Frauen) **mit zwei und mehr Kindern** war zum Jahresende 2004 im Westen höher als im Osten. Hierbei ist festzuhalten, dass im Westen im Vergleich zu 2003 der Anteil von 18,5% auf 19,0% stieg, während er im Osten von 14,8% auf 13,9% fiel. Die höchsten Anteilswerte ergaben sich dabei
 - für den Westen in Nordrhein-Westfalen (21,0%) und Niedersachsen (19,6%);
 - für den Osten in Sachsen (15,1%).
 Die niedrigsten Anteile für diese kinderreichen Haushalte wurden
 - für den Westen in Hamburg (15,6%) und Bayern (17,0%) sowie
 - für den Osten in Mecklenburg-Vorpommern (12,8%) ermittelt.
- Im Folgenden sollen die Länder kenntlich gemacht werden, deren Sozialhilfehaushalte aus relativ vielen größeren Familien und relativ wenigen allein Stehenden bestanden und umgekehrt. Hierzu werden die einzelnen Länder in die beiden folgenden Gruppen eingeteilt:

Länder mit

überdurchschnittlichem Anteil von Familien mit zwei und mehr Kindern <u>und unterdurchschnittlichem Anteil von allein Stehenden</u>	unterdurchschnittlichem Anteil von Familien mit zwei und mehr Kindern <u>und überdurchschnittlichem Anteil von allein Stehenden</u>
---	---

Es ergibt sich folgendes Bild:*)

Familien ↑ (mit zwei und mehr Kinder) allein Stehende ↓	Familien ↓ (mit zwei und mehr Kinder) allein Stehende ↑
Baden-Württemberg Niedersachsen Nordrhein-Westfalen Schleswig-Holstein	Bayern Berlin Bremen Hamburg Mecklenburg-Vorpommern Sachsen

*) Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen die vorgenannten Zuordnungskriterien nicht.

5. SOZIALHILFEBEDARF UND -ANSPRUCH

Tabelle 5.1, Schaubild 5.1.1 und 5.1.2

Tabelle 5.2, Schaubild 5.2

Die Summe aus den Regelsätzen, etwaigen Mehrbedarfszuschlägen, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen sowie den Unterkunftskosten (**Bruttokaltmiete** und Heizkosten) für den Haushaltsvorstand und die Haushaltsangehörigen ergibt den **Bruttobedarf** eines Haushalts.

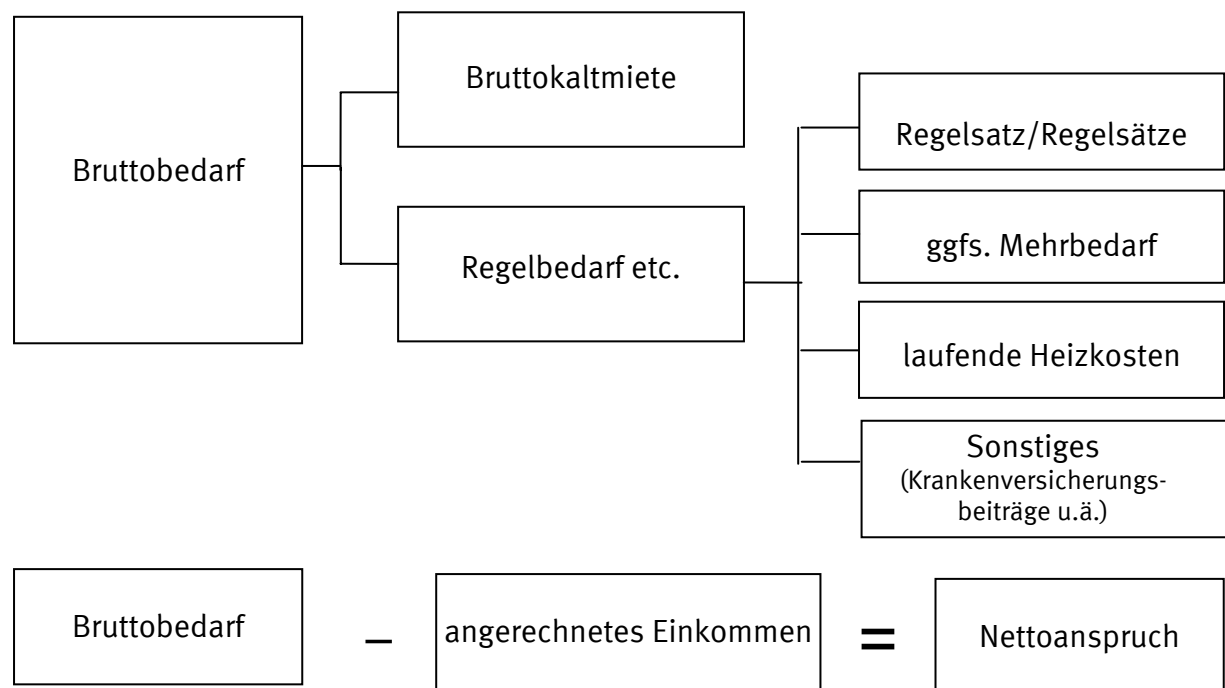
Zur **Bruttokaltmiete** zählen die Miete (bzw. bei Eigentümern die Belastung) einschließlich der Umlagen, Nebenkosten und Gebühren für Müllabfuhr, Abwasser, Schornsteinfeger, Straßenreinigung, Grundsteuer, Hausverwaltung u. ä. Nicht zur Bruttokaltmiete gehören Strom- und Heizungskosten sowie die Kosten der Warmwasserbereitung. Heizkosten werden gesondert als Bedarf berücksichtigt, während Stromkosten aus dem Regelsatz zu tragen sind.

Als „**Regelbedarf etc.**“ wird im Folgenden die Differenz zwischen dem Bruttobedarf und der Bruttokaltmiete bezeichnet. Hierunter fallen im Wesentlichen der Regelsatz bzw. die Regelsätze sowie gegebenenfalls Mehrbedarfszuschläge und laufende Heizkosten, aber

auch sonstige Hilfen wie z. B. vom Sozialamt übernommene Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge oder Kosten der Alterssicherung.

Zieht man vom Bruttobedarf das **angerechnete Einkommen** ab, erhält man den tatsächlich ausbezahlten **Nettoanspruch**.

Die Zusammenhänge sollen durch die nachfolgende Abbildung bzw. Formel nochmals dargestellt werden:



Im Folgenden wird der Sozialhilfebedarf und -anspruch im Ländervergleich aufgezeigt. Bei den dabei verwandten Begriffen (Bruttokaltmiete, Regelbedarf etc., Bruttobedarf, angerechnetes Einkommen, Nettoanspruch) handelt es sich jeweils um monatliche Durchschnittswerte.

Im Bundesdurchschnitt errechnete sich für einen Sozialhilfahaushalt zum Jahresende 2004 ein monatlicher Bruttobedarf von 876 EUR (+12 EUR gegenüber 2003), wovon mehr als ein Drittel auf die Kaltmiete von 302 EUR (+3 EUR) entfiel. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens der Hilfebedürftigen in Höhe von durchschnittlich 471 EUR (+ 4 EUR) wurden pro Haushalt im Schnitt 405 EUR (+ 8 EUR) – also etwas weniger als die Hälfte (46,2%) des Bruttobedarfs – monatlich ausgezahlt.

Allerdings ergeben sich im Ost-/West-Vergleich nach wie vor deutliche Unterschiede. Während im Westen im Schnitt 46,9% des Bruttobedarfs als Nettoanspruch tatsächlich ausgezahlt wurden, war dieser Wert im Osten mit 40,8% wesentlich geringer. Ursache hierfür war der signifikant höhere Bruttobedarf der Sozialhilfehaushalte im Westen, welcher im Wesentlichen auf die durchschnittlich höheren Bruttokaltmieten im Westen (314 EUR zu 235 EUR) zurückzuführen ist. Hinsichtlich der Höhe des angerechneten Einkommens waren im Ost-/West-Vergleich nur vergleichsweise geringfügige Unterschiede (476 EUR im Westen zu 454 EUR im Osten) festzustellen.

Die nach wie vor festgestellten Unterschiede bei den statistisch ermittelten Werten lassen es sinnvoll erscheinen, im Folgenden die länderspezifischen Einzelheiten getrennt für Ost- und Westdeutschland darzustellen⁸.

I. Situation im Westen

Hinsichtlich der Entstehung des Sozialhilfebedarfs stellte sich die Situation im Westen wie folgt dar:

Bruttobedarf, Bruttokaltmiete, Regelbedarf etc. Alle Durchschnittsbeträge sind... (bezogen auf den Durchschnitt im Westen) ^{*)}	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Baden-Württemberg Hessen	Bayern Rheinland-Pfalz Saarland

^{*)} Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen das vorgenannte Zuordnungskriterium nicht.

Nach Abzug des angerechneten Einkommens ergab sich letztendlich ein überdurchschnittlich hoher Nettoanspruch für Bremen und Hessen. Für die übrigen Länder ergab sich ein unterdurchschnittlicher Nettoanspruch. Die niedrigsten Werte wurden dabei in Rheinland-Pfalz und im Saarland festgestellt.

⁸ Berlin bleibt damit in der textlichen Darstellung unberücksichtigt. Die Werte/Angaben für Berlin sind jedoch den Tabellen 5.1. und 5.2 sowie den Schaubildern 5.1.1, 5.1.2 sowie 5.2 zu entnehmen.

In Hamburg waren verschiedene Komponenten auffallend ausgeprägt: Einerseits wurde hier die mit Abstand höchste Bruttokaltmiete, andererseits – wohl aufgrund der vielen Einpersonenhaushalte – der niedrigste Regelbedarf (etc.) festgestellt.

Den höchsten durchschnittlichen Bruttobedarf gab es in Hessen, den niedrigsten in Bayern. Die niedrigste durchschnittliche Bruttokaltmiete war in Rheinland-Pfalz zu verzeichnen. Beim Regelbedarf (etc.) ergaben sich die höchsten Werte in Hessen und Bremen, die niedrigsten waren in Hamburg festzustellen.

In Schaubild 5.2 ist der Anteil des Nettoanspruchs am Bruttobedarf in den einzelnen Ländern dargestellt. Überdurchschnittliche Anteilswerte (insbesondere Hessen und Hamburg) sind in der Regel auf unterdurchschnittliche Beträge beim angerechneten Einkommen bzw. hohe Bruttokaltmieten zurückzuführen, während unterdurchschnittliche Anteilswerte (insbesondere Niedersachsen und Baden-Württemberg) mit relativ hohen Einkommensbeträgen einhergehen.

II. Situation im Osten

Bruttobedarf, Bruttokaltmiete, Regelbedarf etc. Alle Durchschnittsbeträge sind... (bezogen auf den Durchschnitt im Osten) ^{*)}	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Sachsen	-

^{*)} Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen das vorgenannte Zuordnungskriterium nicht.

Die Durchschnittswerte für die Bruttokaltmiete und den Bruttobedarf waren im Osten durchweg niedriger als im Westen; in den meisten Fällen traf dies auch auf den Regelbedarf (etc.) zu.

Innerhalb der Ost-Länder waren in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern die höchsten Nettoansprüche zu verzeichnen, was in erster Linie auf niedrige angerechnete Einkommen zurückzuführen sein dürfte. Dagegen wurden für die übrigen Länder unterdurchschnittliche Werte beim Nettoanspruch ermittelt.

Der niedrigste Bruttobedarf im Osten zum Jahresende 2004 war in Brandenburg und Thüringen festzustellen, während für Sachsen und Sachsen-Anhalt der höchste durchschnittliche Bruttobedarf ermittelt wurde. Die niedrigste durchschnittliche Bruttokaltmiete war in Thüringen zu verzeichnen, die höchste in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Beim Regelbedarf (etc.) ergaben sich die höchsten Werte in Sachsen-Anhalt, die niedrigsten in Brandenburg.

In Schaubild 5.2 bringt das Verhältnis Nettoanspruch/Bruttobedarf die länderweiten Unterschiede beim angerechneten Einkommen zum Ausdruck. So ist der hohe Anteilswert für Sachsen-Anhalt auf den relativ niedrigen Betrag beim durchschnittlich angerechneten Einkommen zurückzuführen. Der niedrige Anteilswert für Sachsen ist hingegen die Folge des dort relativ hohen Einkommensbetrages.

6. SOZIALHILFEBEZUG UND ARBEITSLOSIGKEIT

Tabelle 6.1, Schaubild 6.1

Im Jahresdurchschnitt 2004 lag die Arbeitslosenquote in Deutschland bei 11,7%⁹ (gegenüber 11,6% im Jahr 2003). Die Arbeitslosenquote war in West- und Ostdeutschland mit 9,4% bzw. 20,1% unterschiedlich stark ausgeprägt. Daher wird der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug auf Länderebene im Folgenden jeweils differenziert für die beiden Regionen betrachtet¹⁰.

I. Situation im Westen

Im Jahresdurchschnitt 2004 lag die Arbeitslosenquote in Westdeutschland¹¹ bei 9,4% (gegenüber 9,3% im Jahr 2003). Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit war in den Flächenstaaten in den alten Bundesländern sehr unterschiedlich. Ähnlich wie bei der Sozialhilfe ist auch hier ansatzweise ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar. So wurden für Nordrhein-Westfalen (11,2%), Schleswig-Holstein (11,1%), Niedersachsen (10,6%) und das Saarland (10,0%) überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten ermittelt, während sich für Baden-Württemberg (6,9%), Bayern (7,9%), Rheinland-Pfalz (8,6%) sowie Hessen

⁹ Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.

¹⁰ In Berlin lagen sowohl die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote 2004 mit 19,9% sowie die Sozialhilfequote mit 8,0% weit über dem Bundesdurchschnitt.

(9,1%) die niedrigsten Quoten ergaben. Bei den Stadtstaaten ergibt sich folgendes Bild. Analog zur Sozialhilfe wurde die höchste Arbeitslosenquote in Bremen (14,4%) festgestellt. Der Wert für Hamburg lag mit 11,0% ebenfalls über dem West-Durchschnitt.

Ein länderweiter Vergleich der Arbeitslosen- und Sozialhilfequote lässt in fast allen Bundesländern einen zahlenmäßigen Zusammenhang erkennen. So wurde in den Ländern mit überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote sehr häufig auch eine überdurchschnittlich hohe Bezugsquote von Sozialhilfe festgestellt. In den Ländern dagegen, deren Arbeitslosenquote unter dem Durchschnitt lag, lag auch die Sozialhilfequote in der Regel unter dem allgemeinen Durchschnitt. Nur in Hessen lag die Sozialhilfequote über dem westdeutschen Durchschnitt und die Arbeitslosenquote darunter.

Westdeutschland 2004 (ohne Berlin)

Arbeitslosigkeit – Sozialhilfebezug beide Quoten sind... (bezogen auf den Durchschnitt im Westen) ^{*)}	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Bremen Hamburg Niedersachsen Nordrhein-Westfalen Saarland Schleswig-Holstein	Baden-Württemberg Bayern Rheinland-Pfalz

^{*)} Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen das vorgenannte Zuordnungskriterium nicht.

II. Situation im Osten

In Ostdeutschland¹² lag die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2004 mit 20,1% (keine Veränderung gegenüber 2003) deutlich über dem Wert im Westen. Die hohe Arbeitslosenquote in den neuen Ländern geht bislang jedoch insgesamt nicht mit entsprechend hohen Sozialhilfequoten einher. Allerdings ist die Sozialhilfequote in den letzten Jahren im Osten stark gestiegen, während im Westen ein leichter Rückgang zu beobachten war (siehe Tabelle 7.2 sowie Schaubild 7.1).

¹¹ D. h. entsprechend der Definition der Bundesagentur für Arbeit in den alten Ländern ohne Berlin.

¹² D. h. entsprechend der Definition der Bundesagentur für Arbeit in den neuen Ländern und Berlin.

Der länderweite Vergleich der Sozialhilfebezugs- und Arbeitslosenquote zeigt, dass in Thüringen und Sachsen beide Quoten unterdurchschnittlich ausfielen, während in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern beide Quoten über dem Durchschnitt für die neuen Länder lagen. Brandenburg wies eine leicht unterdurchschnittliche Sozialhilfequote, aber eine leicht überdurchschnittliche Arbeitslosenquote auf.

Ostdeutschland 2004 (ohne Berlin)

Arbeitslosigkeit – Sozialhilfebezug beide Quoten sind... (bezogen auf den Durchschnitt im Osten) *)	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Mecklenburg-Vorpommern Sachsen-Anhalt	Sachsen Thüringen

*) Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen das vorgenannte Zuordnungskriterium nicht. Bei der Arbeitslosenquote wird der Durchschnitt in den neuen Ländern einschl. Berlin zu Grunde gelegt.

7. ENTWICKLUNG DER SOZIALHILFEBEDÜRFTIGKEIT SEIT 1997

Tabelle 7.1, Schaubild 7.1 und Tabelle 7.2

Gegenüber dem bisherigen Höchststand der Empfänger auf Bundesebene zum Jahresende 1997 (2,89 Millionen) hat sich die Empfängerzahl am Jahresende 2004 (2,91 Millionen) um 0,6% erhöht. Aufgrund einer gestiegenen Gesamtbevölkerung betrug die Sozialhilfequote wie 1997 3,5%. Dabei verlief die Entwicklung in diesem Zeitraum zwischen Ost und West unterschiedlich. Während sich im Westen die Empfängerzahl von 2,31 Mill. auf 2,20 Mill. verringerte und die Sozialhilfequote von 3,6% auf 3,3% sank, stieg im Osten die Empfängerzahl von rund 313.000 auf rund 445.000 und die Sozialhilfequote von 2,2% auf 3,3%¹³. Die Sozialhilfequoten haben sich somit in den letzten Jahren immer mehr angeglichen und 2004 letztlich den gleichen Stand erreicht (siehe auch Tabelle 7.2).

¹³ In Berlin stieg im selben Zeitraum die Zahl der Empfänger um rund 0,7 %. Die Sozialhilfequote stieg von 7,8 % auf 8,0 %. Berlin hebt also den bundesweiten Schnitt ohne Berlin von 3,3 % auf 3,5 %.

Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung in diesem Zeitraum erscheint somit eine separate Betrachtung der beiden Regionen sinnvoll.

I. Entwicklung im Westen

Im Westen ging die Sozialhilfequote vom Höchststand Ende 1997 (3,6%) auf 3,3% am Jahresende 2004 zurück; dabei war in fast allen West-Ländern ein Rückgang der Empfängerquote festzustellen. Die deutlichsten Rückgänge in diesem Zeitraum wurden dabei in den Stadtstaaten Bremen (–1,6%-Punkte) und Hamburg (–1,4%-Punkte) festgestellt. Von den Flächenländern wies das Saarland (–0,7%-Punkte) den deutlichsten Rückgang auf. Am wenigsten ging im selben Zeitraum die Sozialhilfequote in Bayern (–0,1%-Punkte) und Baden-Württemberg (–0,2%-Punkte) zurück. Nur in Nordrhein-Westfalen ist zwischen 1997 und 2004 die absolute Empfängerzahl und auch die Sozialhilfequote (+0,1%-Punkte) gestiegen.

II. Entwicklung im Osten

Im Osten stieg die Sozialhilfequote – ausgehend von einem niedrigen Anfangsniveau – im Zeitverlauf stetig an und betrug am Jahresende 2004 3,3% (1,1%-Punkte mehr als 1997). In diesem Zeitraum war in allen Ost-Ländern ein Anstieg der Empfängerquote festzustellen. Die deutlichsten Steigerungen waren dabei in Mecklenburg-Vorpommern (+1,5%-Punkte) sowie in Sachsen und Sachsen-Anhalt (+1,3 bzw. +1,2%-Punkte) zu verzeichnen; den geringsten Anstieg gab es in Brandenburg (+0,9%-Punkte) und in Thüringen (+0,5%-Punkte). Absolut ist die Zahl der Empfänger mit 55,9% in Sachsen und um 49,9% in Mecklenburg-Vorpommern gestiegen. Änderungen in der Gesamtbevölkerung führen jedoch dazu, dass relativ der Anstieg in Mecklenburg-Vorpommern höher ausfiel als in Sachsen.

8. AUSWIRKUNGEN DES GRUNDSICHERUNGSGESETZES

Tabelle 8.1 und 8.2

Das „Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ (GSiG) bewirkte Änderungen in der Alterstruktur der Sozialhilfeempfänger. Dieses neue Sozialleistungsgesetz, das zum 1. Januar 2003 in Kraft trat, sieht für über 65jährige sowie für dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren eine eigenständige Leistung vor, welche - wie die Sozialhilfe - den grundlegenden Bedarf für den Lebensun-

terhalt sicher stellt¹⁴. Vor allem dadurch sank die Zahl der älteren Sozialhilfebezieher ab 65 Jahren zum Jahresende 2004 auf rund 78 000 Personen (- 20,3% gegenüber dem Vorjahr). Zwischen Ende 2002 und Ende 2003 sank die Zahl der älteren Sozialhilfebezieher sogar um 48,3%). Die Sozialhilfequote der älteren Menschen verringerte sich Ende 2004 auf 0,5% (Vorjahr: 0,7%). Ende 2002 – also unmittelbar vor Inkrafttreten des GSiG – betrug die Sozialhilfequote der über 65-Jährigen noch 1,3%.

Für die Tatsache, dass am Jahresende 2004 über 65-jährige sowie auch voll erwerbsgeminderte Personen neben den Leistungen des GSiG weiterhin zusätzlich Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) bezogen, gibt es im Wesentlichen zwei Gründe. Zum einen sind dies Personen, die einen erhöhten Bedarf haben, der von den Grundsicherungsleistungen nicht abgedeckt wird und aufstockende Sozialhilfe erforderlich macht (z.B. einen Mehrbedarf wegen kostenaufwändiger Ernährung). Zum anderen handelt es sich um Grundsicherungsempfänger, die mit Sozialhilfeempfängern – z.B. dem jüngeren Ehegatten – zusammen in einem Haushalt leben. Für die Angehörigen dieser Haushalte erfolgt für die Sozialhilfe eine gemeinsame Bedarfs- oder Anspruchsberechnung.

Die Auswirkungen des GSiG für die Sozialhilfestatistik waren in den Bundesländern unterschiedlich stark. In allen Ländern sank die Zahl der Hilfeempfänger zwischen dem Jahresende 2002 und 2004. In Thüringen (-78,9%), Brandenburg (-73,6%), Schleswig-Holstein (-72,9%), dem Saarland (-71,1%) und Sachsen-Anhalt (-70,9%) war der Rückgang am stärksten. In Berlin (-33,1%), Rheinland-Pfalz (-47,0%), Bremen (-54,4%), Baden-Württemberg (-54,5%) und Hamburg (-56,6%) war der Rückgang am schwächsten.

Zum 01.01.2005 wurde die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ebenfalls Teil der Sozialhilfe. Sie ist ab diesem Zeitpunkt als 4. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) ebenso Bestandteil des Sozialhilferechts wie die Hilfe zum Lebensunterhalt (3. Kapitel SGB XII) und weitere Hilfearten.

¹⁴ Detaillierte Ergebnisse der Statistik über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind – jeweils für 2003 bzw. 2004 – der Fachserie 13, Reihe 8 zu entnehmen, die kostenfrei als Download-Produkt im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/shop) erhältlich ist.

9. WICHTIGE ÄNDERUNGEN AB 2005

Mit Einführung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) zum 1. Januar 2005 ergeben sich für die amtliche Sozialhilfestatistik weitreichende Änderungen. Seitdem erhalten bisherige Sozialhilfeempfänger, die grundsätzlich erwerbsfähig sind sowie deren Familienangehörige, Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). Folglich wurde der überwiegende Teil der Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne (d.h. Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) letztmalig zum Jahresende 2004 in der Sozialhilfestatistik erfasst.

Die statistischen Angaben über die zum 01.01.2005 in Kraft getretene Grundsicherung für Arbeitsuchende werden gemäß § 53 SGB II von der Bundesagentur für Arbeit zusammengestellt. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder führen jedoch weiterhin verschiedene Erhebungen zum SGB XII „Sozialhilfe“ durch, in welches das bisherige Bundessozialhilfegesetz zum 01.01.2005 überführt wurde. Rechtsgrundlage für diese Bundesstatistiken bilden die §§ 121 ff. SGB XII.

ANHANG:
TABELLEN, SCHAUBILDER

Tabelle 1.1
Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Geschlecht
am Jahresende 2004

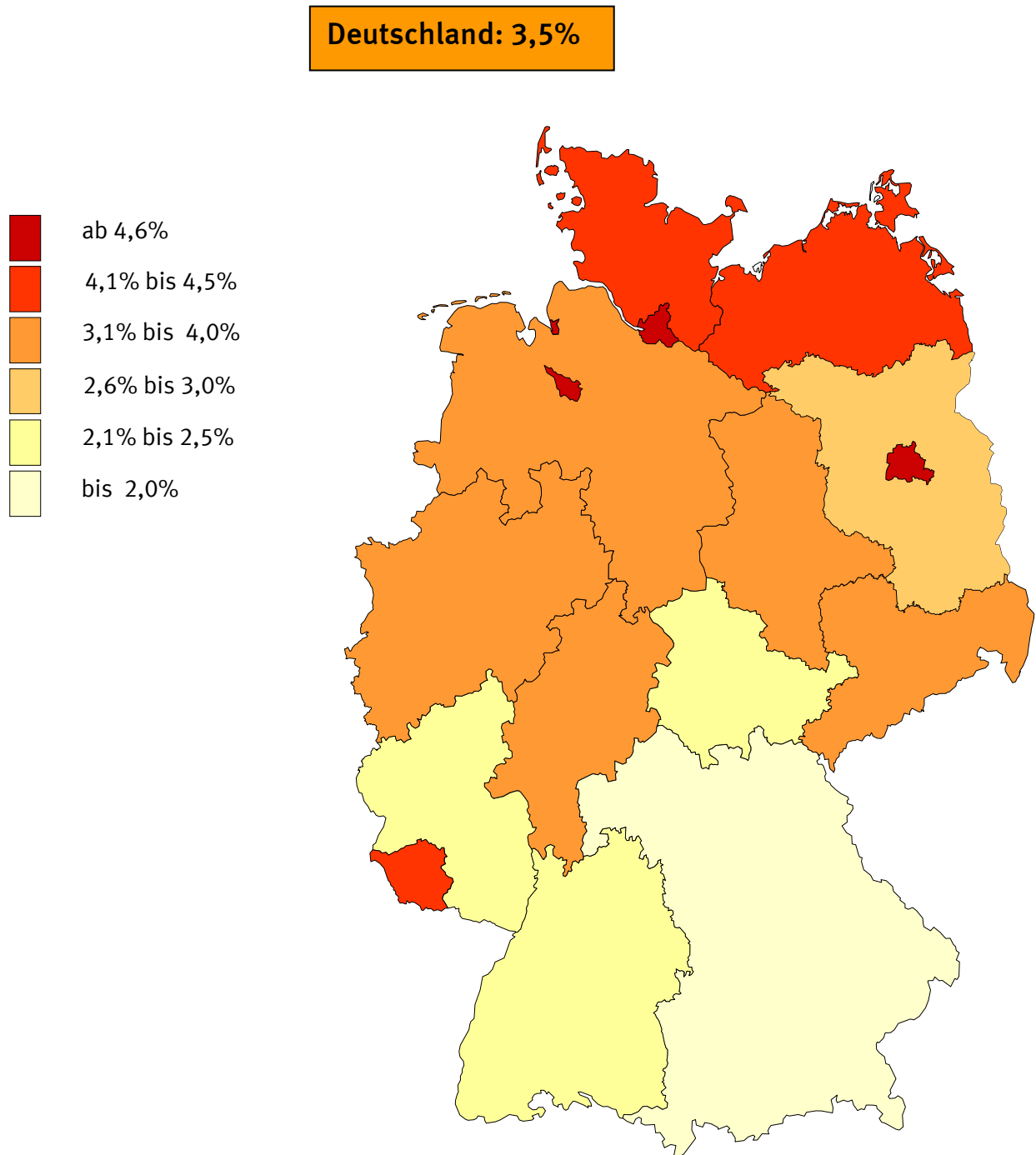
Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	Anzahl			Sozialhilfequote in % ²⁾		
Deutschland						
Deutsche.....	2 275 205	1 016 230	1 258 975	3,0	2,8	3,3
Ausländer.....	635 021	298 162	336 859	8,7	7,9	9,6
Insgesamt.....	2 910 226	1 314 392	1 595 834	3,5	3,3	3,8
davon im Alter von ...						
bis unter ... Jahren						
unter 18.....	1 118 860	574 005	544 855	7,5	7,5	7,5
18-40.....	1 023 581	392 800	630 781	4,3	3,2	5,4
40-60.....	595 971	269 996	325 975	2,6	2,3	2,8
60 und älter.....	171 814	77 591	94 223	0,8	0,9	0,8
Bundesländer						
Baden-Württemberg.....	231 842	102 372	129 470	2,2	1,9	2,4
Bayern.....	233 890	103 194	130 696	1,9	1,7	2,1
Berlin.....	270 585	130 696	139 889	8,0	7,9	8,1
Brandenburg.....	78 010	36 472	41 538	3,0	2,9	3,2
Bremen.....	59 548	26 747	32 801	9,0	8,3	9,6
Hamburg.....	122 908	57 979	64 929	7,1	6,9	7,3
Hessen.....	238 517	108 298	130 219	3,9	3,6	4,2
Mecklenburg-Vorpommern.....	69 783	33 197	36 586	4,1	3,9	4,2
Niedersachsen.....	315 583	140 846	174 737	3,9	3,6	4,3
Nordrhein-Westfalen.....	731 943	321 582	410 361	4,0	3,7	4,4
Rheinland-Pfalz.....	100 985	43 267	57 718	2,5	2,2	2,8
Saarland.....	45 172	19 563	25 609	4,3	3,8	4,7
Sachsen.....	139 594	64 066	75 528	3,2	3,1	3,4
Sachsen-Anhalt.....	97 639	46 452	51 187	3,9	3,8	4,0
Schleswig-Holstein.....	114 645	52 098	62 547	4,1	3,8	4,3
Thüringen.....	59 582	27 563	32 019	2,5	2,4	2,7
nachrichtlich:						
Westdeutschland ohne Berlin.....	2 195 033	975 946	1 219 087	3,3	3,0	3,6
Ostdeutschland ohne Berlin.....	444 608	207 750	236 858	3,3	3,2	3,5

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Anteil der Hilfebezieher an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %.

Schaubild 1.1.1

Sozialhilfequoten¹⁾ nach Bundesländern zum Jahresende 2004



¹⁾ Anteil der Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der jeweiligen Bevölkerung zum 31.12.2004.

Schaubild 1.1.2
Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Geschlecht am Jahresende 2004
Sozialhilfequote in %²⁾

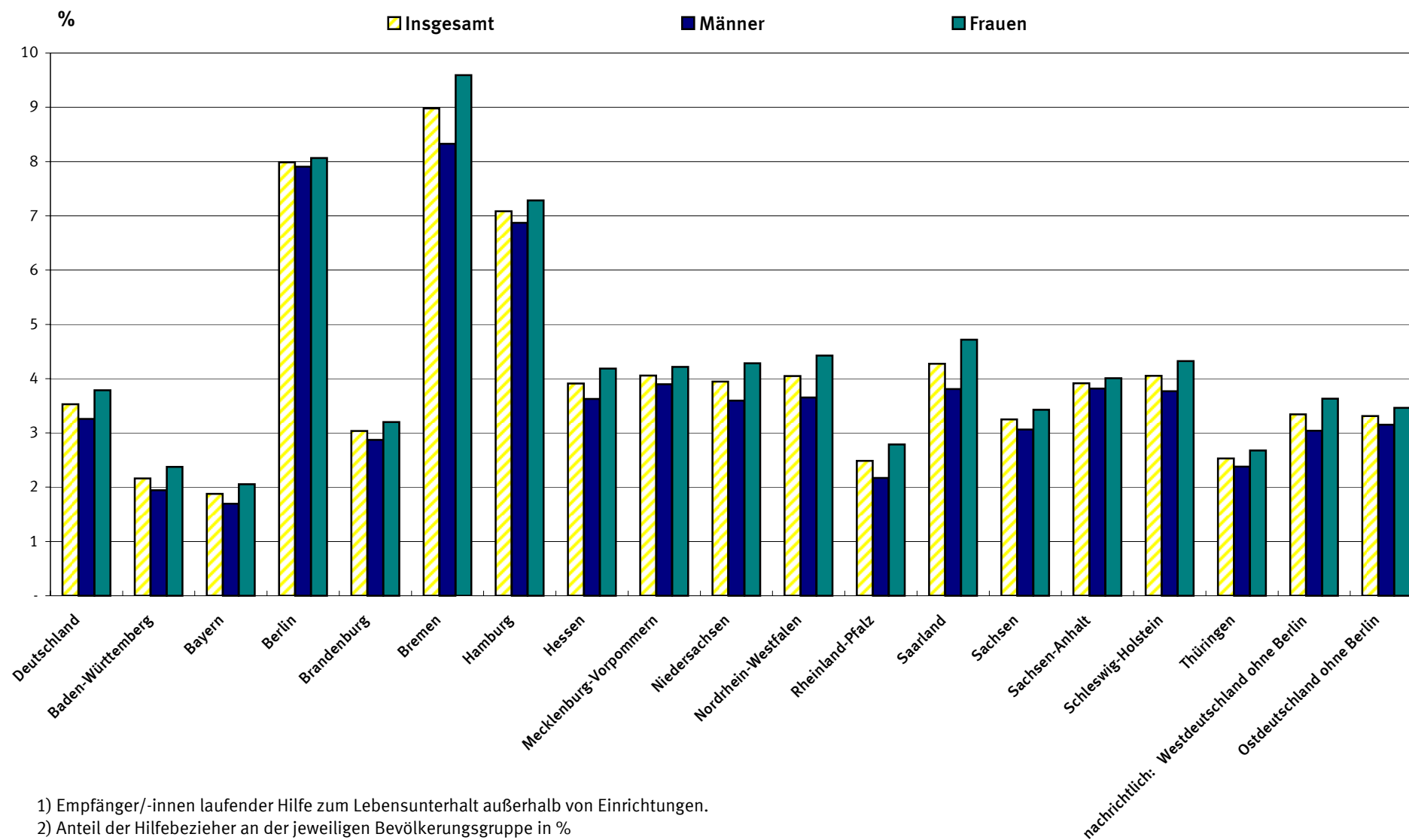


Tabelle 1.2
Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe 2004
Hilfe zum Lebensunterhalt

Land	Bruttoausgaben				Einnahmen	Reine Ausgaben		
	Hilfe zum Lebens- unterhalt insgesamt	und zwar				Hilfe zum Lebens- unterhalt insgesamt	Hilfe zum Lebens- unterhalt insgesamt	je Ein- wohner ¹⁾
		laufende Leistungen außerhalb von Einrichtungen	davon					
			lfd. Leistungen ohne Hilfe zur Arbeit	Hilfe zur Arbeit				
1 000 EUR							EUR	
Deutschland	9 980 654	8 416 774	7 286 290	1 130 484	1 165 029	8 815 626	106,85	
Baden-Württemberg.....	825 499	692 073	607 127	84 946	112 456	713 043	66,61	
Bayern.....	866 768	695 322	601 586	93 736	110 268	756 500	60,86	
Berlin.....	1 000 749	833 667	742 571	91 097	102 995	897 754	265,02	
Brandenburg.....	223 333	191 510	158 633	32 877	22 959	200 374	77,99	
Bremen.....	210 294	173 426	145 909	27 516	24 456	185 838	280,37	
Hamburg.....	461 238	384 613	343 375	41 239	41 756	419 482	241,61	
Hessen.....	871 185	723 621	623 057	100 565	85 974	785 211	128,95	
Mecklenburg-Vorpommern.....	205 565	175 017	151 821	23 196	17 776	187 790	108,82	
Niedersachsen.....	1 015 727	866 840	734 997	131 842	153 268	862 459	107,84	
Nordrhein-Westfalen.....	2 542 716	2 197 977	1 934 446	263 531	274 084	2 268 632	125,53	
Rheinland-Pfalz.....	335 177	281 335	236 299	45 035	51 484	283 693	69,89	
Saarland.....	156 863	127 882	97 921	29 961	14 494	142 369	134,46	
Sachsen.....	369 956	307 968	262 560	45 408	29 640	340 316	79,00	
Sachsen-Anhalt.....	272 528	231 335	203 806	27 529	25 067	247 460	98,60	
Schleswig-Holstein.....	454 527	391 423	329 071	62 352	67 785	386 742	136,85	
Thüringen.....	168 529	142 765	113 111	29 654	30 566	137 964	58,35	
nachrichtlich:								
Westdeutschland ohne Berlin.....	7 739 993	6 534 512	5 653 788	880 723	936 025	6 803 968	103,78	
Ostdeutschland ohne Berlin.....	1 239 912	1 048 595	889 931	158 664	126 009	1 113 903	82,11	

1) Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt 2004.

Tabelle 1.3
Nettoausgaben (reine Ausgaben) je Einwohner für die Hilfe zum Lebensunterhalt im Zeitvergleich

Land	Reine Ausgaben je Einwohner in EUR ¹⁾			
	1997	2000	2002	2004
Deutschland	109,73	106,11	106,21	106,85
Baden-Württemberg.....	76,36	66,75	65,50	66,61
Bayern.....	64,19	58,20	59,04	60,86
Berlin.....	238,20	259,61	261,38	265,02
Brandenburg.....	53,45	61,78	67,82	77,99
Bremen.....	306,36	310,30	309,53	280,37
Hamburg.....	235,52	232,42	227,18	241,61
Hessen.....	139,33	131,51	131,63	128,95
Mecklenburg-Vorpommern.....	77,22	84,61	92,90	108,82
Niedersachsen.....	125,07	116,16	11,91	107,84
Nordrhein-Westfalen.....	136,75	128,60	126,41	125,53
Rheinland-Pfalz.....	91,81	79,08	72,88	69,89
Saarland.....	160,99	146,98	139,93	134,46
Sachsen.....	49,90	63,41	71,50	79,00
Sachsen-Anhalt.....	65,73	81,62	90,58	98,60
Schleswig-Holstein.....	143,13	139,22	137,55	136,85
Thüringen.....	45,27	51,79	54,25	58,35
nachrichtlich:				
Westdeutschland (ohne Berlin).....	114,56	106,38	104,88	103,78
Ostdeutschland (ohne Berlin).....	56,28	67,47	74,09	82,11

1) Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt 2004.

Schaubild 1.2
Reine Ausgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt 2004
EUR je Einwohner ¹⁾

EUR

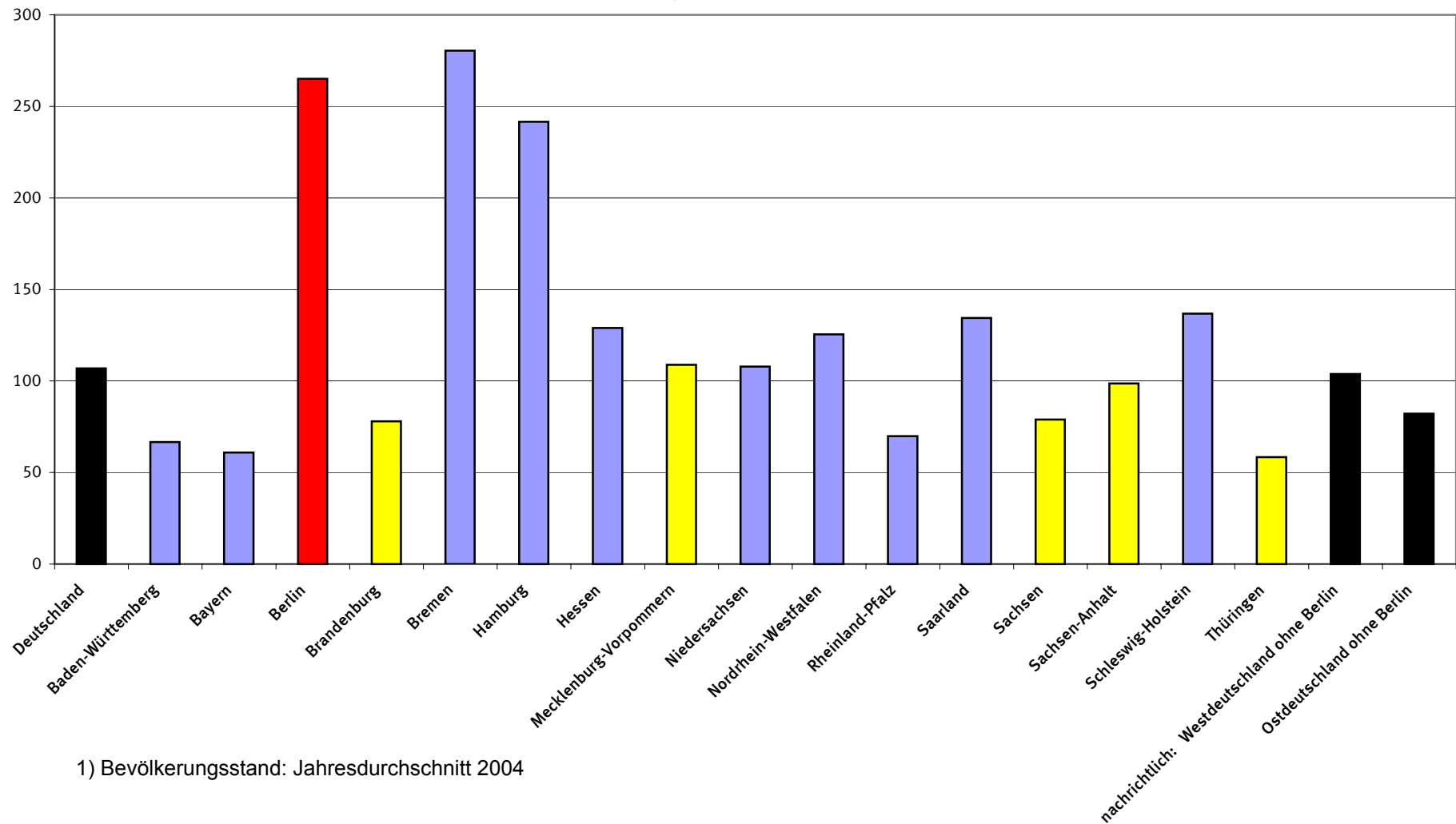


Tabelle 2.1
Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Staatsangehörigkeit
am Jahresende 2004

Land	Insgesamt		Deutsche			Ausländer			Nachrichtlich: Ausländeranteil an Gesamtbevölkerung in %
	Anzahl	Sozialhilfe- quote in % ²⁾	Anzahl	Sozialhilfe- quote in % ²⁾	% Anteil (Spalte 3/ Spalte1)	Anzahl	Sozialhilfe- quote in % ²⁾	% Anteil (Spalte 6/ Spalte1)	
	1	2	3	4	5	6	7	8	
Deutschland	2 910 226	3,5	2 275 205	3,0	78,2	635 021	8,7	21,8	8,8
Baden-Württemberg.....	231 842	2,2	169 848	1,8	73,3	61 994	4,8	26,7	12,0
Bayern.....	233 890	1,9	173 095	1,5	74,0	60 795	5,2	26,0	9,4
Berlin.....	270 585	8,0	197 446	6,7	73,0	73 139	16,1	27,0	13,4
Brandenburg.....	78 010	3,0	73 275	2,9	93,9	4 735	7,0	6,1	2,6
Bremen.....	59 548	9,0	43 062	7,4	72,3	16 486	19,5	27,7	12,8
Hamburg.....	122 908	7,1	88 921	6,0	72,3	33 987	13,9	27,7	14,1
Hessen.....	238 517	3,9	163 239	3,0	68,4	75 278	10,8	31,6	11,4
Mecklenburg-Vorpommern.....	69 783	4,1	64 473	3,8	92,4	5 310	13,5	7,6	2,3
Niedersachsen.....	315 583	3,9	256 679	3,4	81,3	58 904	11,0	18,7	6,7
Nordrhein-Westfalen.....	731 943	4,0	553 900	3,4	75,7	178 043	9,2	24,3	10,8
Rheinland-Pfalz.....	100 985	2,5	81 948	2,2	81,1	19 037	6,1	18,9	7,7
Saarland.....	45 172	4,3	36 570	3,8	81,0	8 602	9,7	19,0	8,4
Sachsen.....	139 594	3,2	128 318	3,1	91,9	11 276	9,5	8,1	2,8
Sachsen-Anhalt.....	97 639	3,9	90 971	3,7	93,2	6 668	14,2	6,8	1,9
Schleswig-Holstein.....	114 645	4,1	97 046	3,6	84,6	17 599	11,6	15,4	5,3
Thüringen.....	59 582	2,5	56 414	2,4	94,7	3 168	6,6	5,3	2,0
nachrichtlich:									
Westdeutschland ohne Berlin.....	2 195 033	3,3	1 664 308	2,8	75,8	530 725	8,1	24,2	9,9
Ostdeutschland ohne Berlin.....	444 608	3,3	413 451	3,2	93,0	31 157	9,7	7,0	2,4

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Anteil der Hilfebezieher an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %.

Tabelle 2.2
Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Staatsangehörigkeit
am Jahresende 1997, 2000, 2002 und 2004

Land	1997			2000			2002			2004			Veränderung der Sozialhilfequote der Deutschen in %-Punkten	Veränderung der Sozialhilfequote der Ausländer in %-Punkten
	Sozialhilfequote in % ²⁾ Deutsche	Sozialhilfequote in % ²⁾ Ausländer	Anteil Ausländer ³⁾	Sozialhilfequote in % ²⁾ Deutsche	Sozialhilfequote in % ²⁾ Ausländer	Anteil Ausländer ³⁾	Sozialhilfequote in % ²⁾ Deutsche	Sozialhilfequote in % ²⁾ Ausländer	Anteil Ausländer ³⁾	Sozialhilfequote in % ²⁾ Deutsche	Sozialhilfequote in % ²⁾ Ausländer	Anteil Ausländer ³⁾	2004 zu 1997	2004 zu 1997
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	14	13
Deutschland	3,0	9,0	23,0	2,8	8,1	22,2	2,8	8,4	22,3	3,0	8,7	21,8	0,0	-0,3
Baden-Württemberg.....	2,4	5,0	25,8	2,0	4,1	25,7	1,7	4,6	27,0	2,2	4,8	26,7	-0,2	-0,2
Bayern.....	2,0	4,6	21,2	1,7	4,4	23,4	1,5	4,9	25,5	1,9	5,2	26,0	-0,1	0,6
Berlin.....	6,6	16,0	25,9	6,5	16,9	27,6	6,1	16,1	28,5	8,0	16,1	27,0	1,4	0,1
Brandenburg.....	2,1	3,8	4,0	2,2	4,8	5,1	2,7	6,3	5,9	3,0	7,0	6,1	0,9	3,2
Bremen.....	10,6	16,6	23,0	9,5	21,0	26,7	7,3	19,9	28,0	9,0	19,5	27,7	-1,6	2,9
Hamburg.....	8,4	15,4	27,8	7,0	13,1	28,4	5,9	13,6	28,6	7,1	13,9	27,7	-1,3	-1,5
Hessen.....	4,3	11,5	32,8	3,8	10,3	32,4	3,0	11,1	32,7	3,9	10,8	31,6	-0,4	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern.....	2,6	9,0	5,5	3,2	10,4	6,4	3,4	12,4	7,5	4,1	13,5	7,6	1,5	4,6
Niedersachsen.....	4,3	13,1	21,9	3,9	12,9	22,1	3,4	11,6	19,9	3,9	11,0	18,7	-0,4	-2,1
Nordrhein-Westfalen.....	3,9	9,5	27,9	3,7	7,7	24,2	3,1	8,1	24,6	4,0	9,2	24,3	0,1	-0,3
Rheinland-Pfalz.....	3,1	7,0	17,4	2,5	5,9	17,7	2,2	6,1	18,5	2,5	6,1	18,9	-0,6	-0,9
Saarland.....	5,0	12,2	20,1	4,3	9,7	18,7	3,7	9,5	19,0	4,3	9,7	19,0	-0,7	-2,5
Sachsen.....	2,0	4,8	5,5	2,7	7,1	6,8	2,7	8,7	8,0	3,2	9,5	8,1	1,2	4,7
Sachsen-Anhalt.....	2,7	10,2	5,8	3,4	13,1	6,7	3,5	13,1	6,8	3,9	14,2	6,8	1,2	4,0
Schleswig-Holstein.....	4,5	12,7	15,0	4,2	12,0	15,3	3,8	11,7	15,0	4,1	11,6	15,4	-0,4	-1,1
Thüringen.....	2,0	6,7	5,0	2,0	5,8	5,0	2,1	5,7	5,0	2,5	6,6	5,3	0,5	-0,1
nachrichtlich:														
Westdeutschland ohne Berlin.....	2,9	8,7	25,0	2,7	7,5	24,2	2,7	7,8	24,5	3,2	8,1	24,2	0,3	-0,6
Ostdeutschland ohne Berlin.....	2,2	6,2	5,2	2,4	7,7	6,2	2,8	8,9	6,9	3,3	9,7	7,0	1,1	3,5

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Anteil der Hilfebezieher an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %.

3) Prozentualer Anteil der Ausländer an den Empfänger/-innen der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Schaubild 2.1.1
 Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Staatsangehörigkeit am Jahresende 2004
 Sozialhilfequote in %²⁾

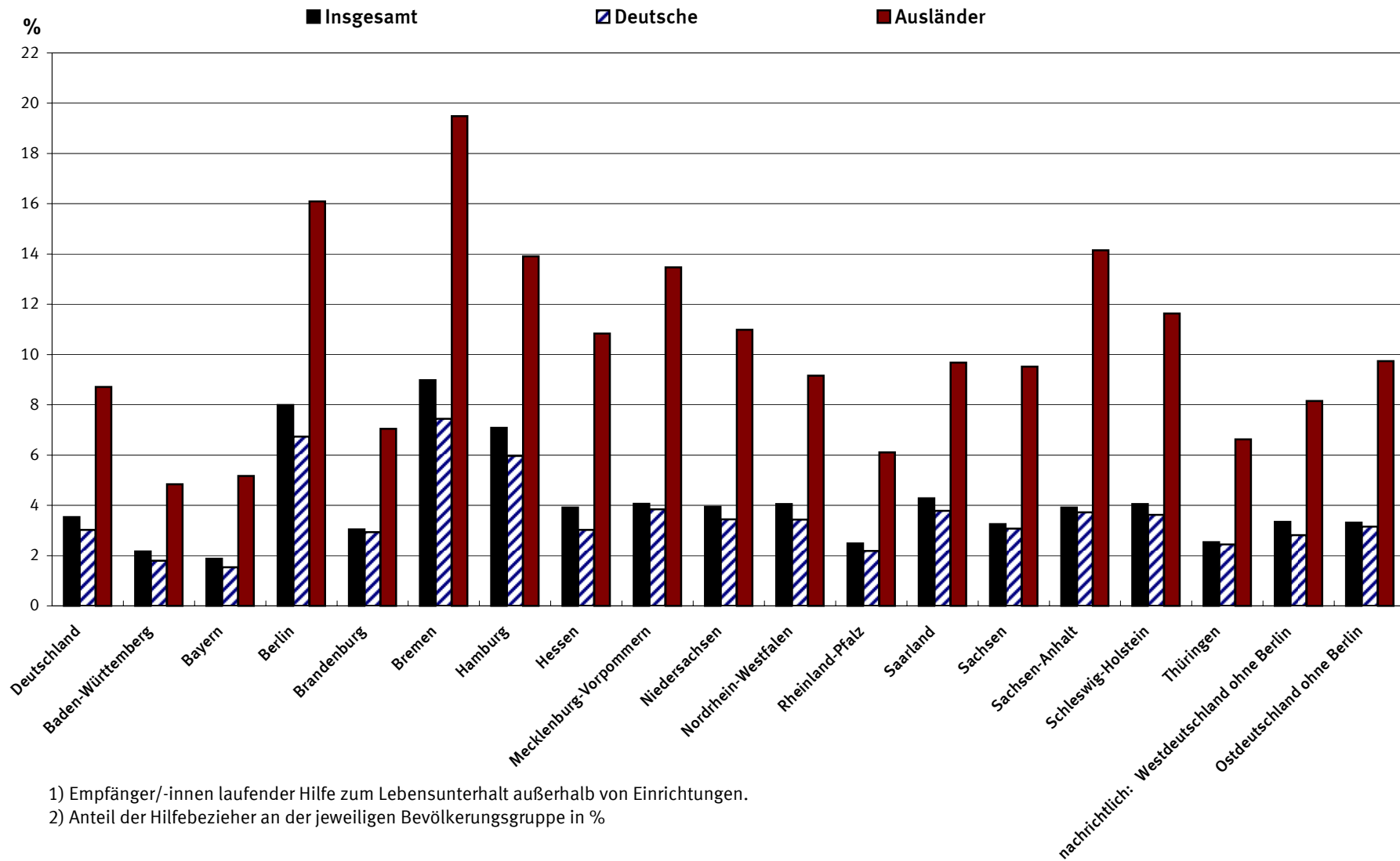
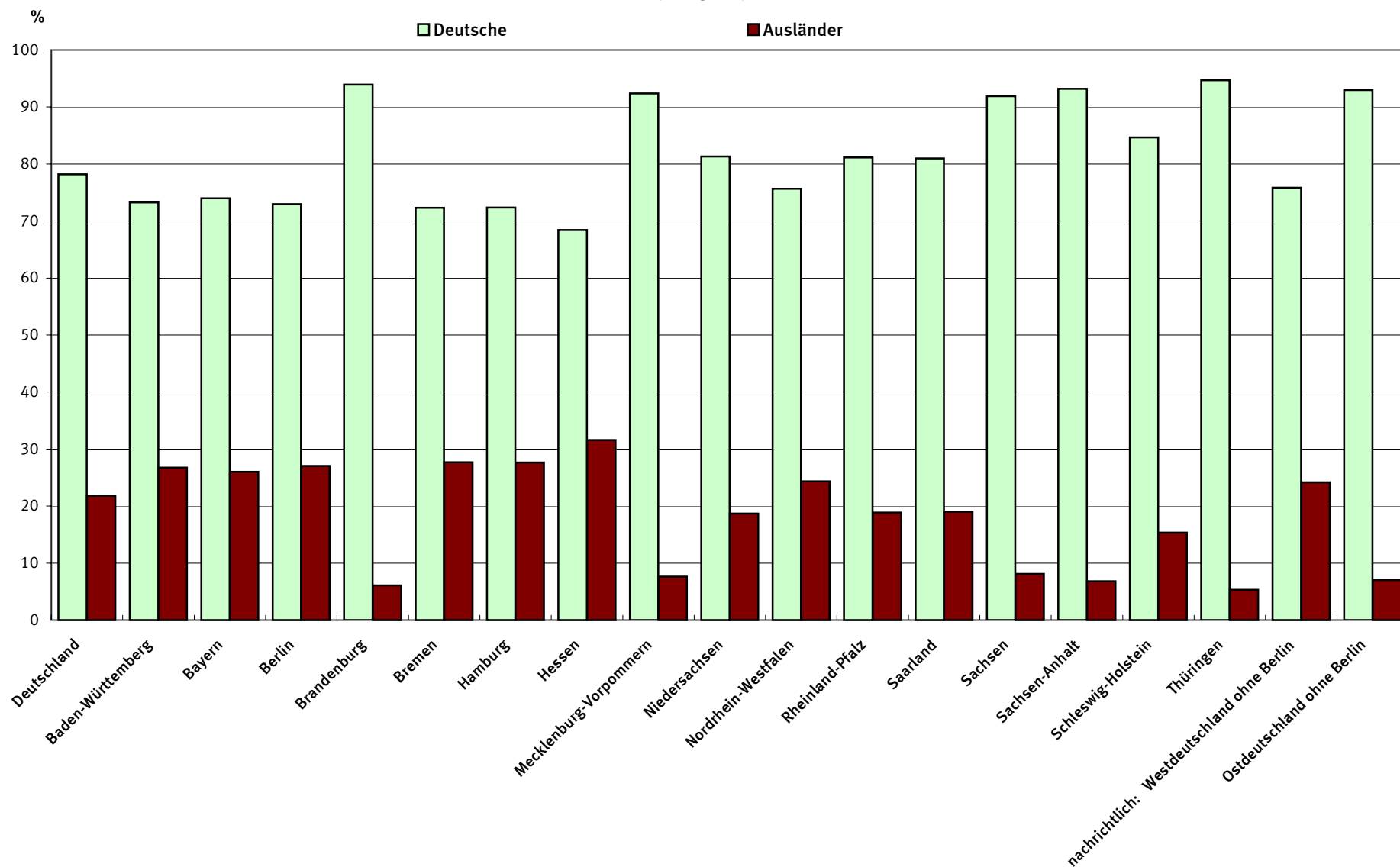


Schaubild 2.1.2
Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Staatsangehörigkeit am Jahresende 2004
Anteil an den Empfängern je Land



1) Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Schaubild 2.2

Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 2004

Sozialhilfequote

- Anteil der jeweiligen Bevölkerungsgruppe -

Sozialhilfequote

in % ²⁾

[..] = Wert für Deutschland

Ausländer
[8,7]

Insgesamt
[3,5]

Deutsche
[3,0]

Ausländeranteil an der Gesamt- bevölkerung in % (Deutschland: 8,8)

11,5 bis 14,1

8,4 bis 10,8

5,3 bis 7,7

1,9 bis 2,8

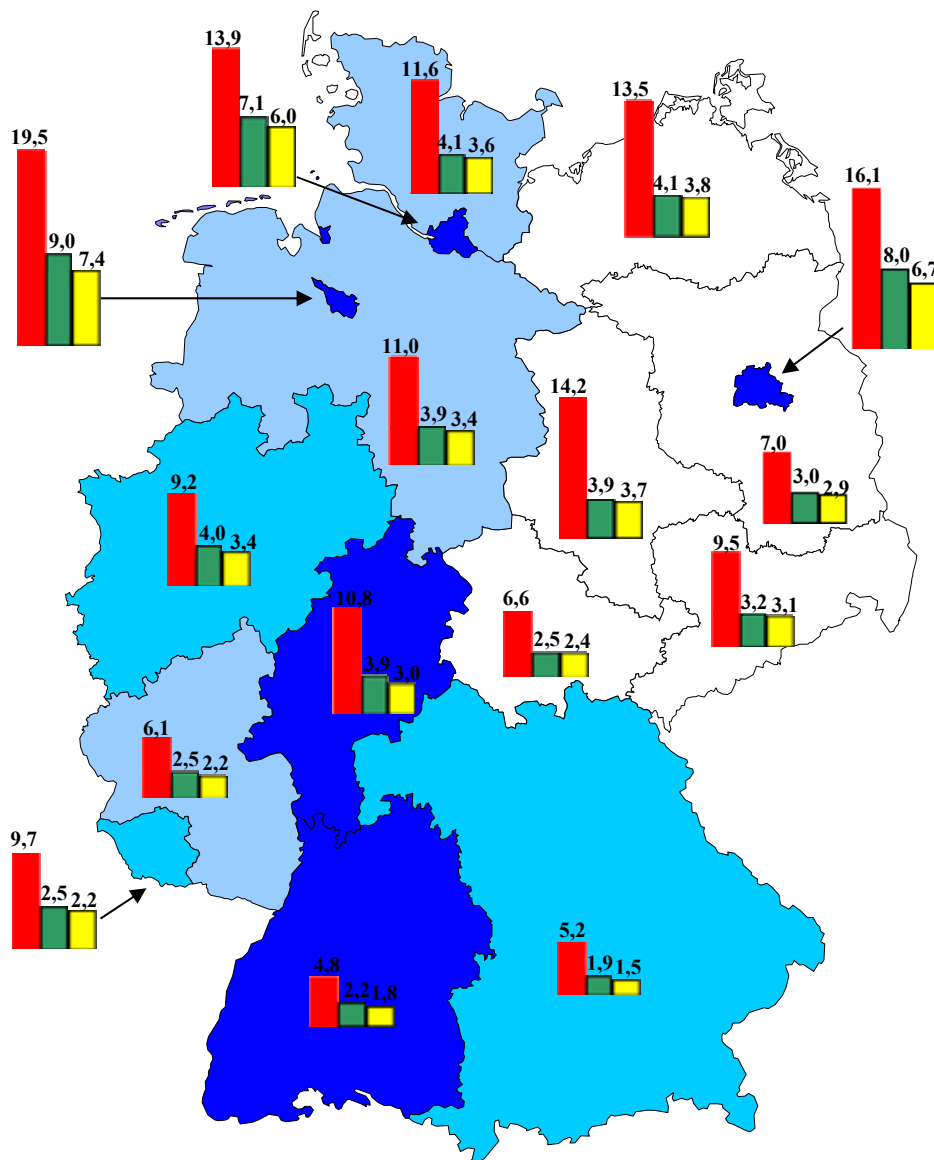


Tabelle 3.1
Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Altersklassen
am Jahresende 2004

Land	Insgesamt		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren											
			unter 18			18 - 40			40 - 60			60 und älter		
	Anzahl	Durchschnitts- alter in Jahren	Anzahl	Sozial- hilfequote ²⁾	% Anteil (Spalte 3/ Spalte 1)	Anzahl	Sozial- hilfequote ²⁾	% Anteil (Spalte 6/ Spalte 1)	Anzahl	Sozial- hilfequote ²⁾	% Anteil (Spalte 9/ Spalte 1)	Anzahl	Sozial- hilfequote ²⁾	% Anteil (Spalte 12/ Spalte 1)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Deutschland	2 910 226	27,3	1 118 860	7,5	38,4	1 023 581	4,3	35,2	595 971	2,6	20,5	171 814	0,8	5,9
Baden-Württemberg.....	231 842	27,8	91 511	4,4	39,5	75 640	2,4	32,6	48 109	1,6	20,8	16 582	0,7	7,2
Bayern.....	233 890	29,1	86 061	3,7	36,8	76 166	2,1	32,6	52 854	1,5	22,6	18 809	0,6	8,0
Berlin.....	270 585	28,3	96 115	18,5	35,5	99 375	9,1	36,7	57 132	5,9	21,1	17 963	2,2	6,6
Brandenburg.....	78 010	25,0	27 566	7,0	35,3	33 755	4,7	43,3	14 729	1,9	18,9	1 960	0,3	2,5
Bremen.....	59 548	28,1	22 689	21,0	38,1	20 069	10,2	33,7	12 926	7,1	21,7	3 864	2,2	6,5
Hamburg.....	122 908	30,0	41 708	15,2	33,9	41 643	7,2	33,9	29 992	6,5	24,4	9 565	2,3	7,8
Hessen.....	238 517	28,3	89 797	8,2	37,6	80 170	4,5	33,6	52 691	3,0	22,1	15 859	1,1	6,6
Mecklenburg-Vorpommern.....	69 783	25,1	24 616	9,3	35,3	30 459	6,2	43,6	12 956	2,5	18,6	1 752	0,4	2,5
Niedersachsen.....	315 583	26,3	130 291	8,4	41,3	108 298	4,8	34,3	60 260	2,7	19,1	16 734	0,8	5,3
Nordrhein-Westfalen.....	731 943	27,2	293 563	8,6	40,1	245 630	4,8	33,6	147 553	2,9	20,2	45 197	1,0	6,2
Rheinland-Pfalz.....	100 985	28,3	39 600	5,2	39,2	32 363	2,9	32,0	20 399	1,8	20,2	8 623	0,9	8,5
Saarland.....	45 172	27,4	17 742	9,8	39,3	15 078	5,3	33,4	9 830	3,1	21,8	2 522	0,9	5,6
Sachsen.....	139 594	24,6	52 311	8,5	37,5	58 815	4,9	42,1	24 909	2,0	17,8	3 559	0,3	2,5
Sachsen-Anhalt.....	97 639	24,9	36 412	10,0	37,3	40 657	5,9	41,6	18 333	2,5	18,8	2 237	0,3	2,3
Schleswig-Holstein.....	114 645	26,5	45 937	8,6	40,1	40 033	5,1	34,9	23 274	3,0	20,3	5 401	0,7	4,7
Thüringen.....	59 582	23,8	22 941	6,7	38,5	25 430	3,8	42,7	10 024	1,4	16,8	1 187	0,2	2,0
nachrichtlich:														
Westdeutschland ohne Berlin.....	2 195 033	27,7	858 899	7,0	39,1	735 090	3,9	33,5	457 888	2,5	20,9	143 156	0,9	6,5
Ostdeutschland ohne Berlin.....	444 608	24,7	163 846	8,3	36,9	189 116	5,0	42,5	80 951	2,0	18,2	10 695	0,3	2,4

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Anteil der Hilfebezieher an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %.

Tabelle 3.2
Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 1997, 2000, 2002 und 2004
Altersdurchschnitt und Sozialhilfequoten der unter 18-jährigen

Land	Durchschnittsalter in Jahren				Sozialhilfequote ²⁾ der unter 18-jährigen				
	1997	2000	2002	2004	1997	2000	2002	2004	Veränderung 2004 zu 1997 in %-Punkten
Deutschland	28,9	29,7	29,5	27,3	6,8	6,3	6,7	7,5	0,7
Baden-Württemberg.....	28,7	30,2	30,3	27,8	4,7	3,8	4,0	4,4	-0,3
Bayern.....	30,8	32,5	32,6	29,1	3,7	3,1	3,2	3,7	0,0
Berlin.....	28,3	28,8	29,1	28,3	15,0	15,6	16,3	18,5	3,5
Brandenburg.....	25,5	25,8	26,2	25,0	4,1	4,5	6,0	7,0	2,9
Bremen.....	29,6	29,9	30,3	28,1	22,4	20,4	19,1	21,0	-1,4
Hamburg.....	30,4	31,9	32,2	30,0	17,5	14,5	14,2	15,2	-2,3
Hessen.....	29,8	30,9	31,1	28,3	8,5	7,5	7,6	8,2	-0,3
Mecklenburg-Vorpommern.....	25,5	25,8	26,1	25,1	4,7	5,5	7,5	9,3	4,6
Niedersachsen.....	27,9	28,5	28,5	26,3	8,6	7,9	7,9	8,4	-0,2
Nordrhein-Westfalen.....	29,9	30,8	30,2	27,2	7,5	6,9	7,1	8,6	1,1
Rheinland-Pfalz.....	29,8	30,8	30,7	28,3	5,8	4,8	4,9	5,2	-0,6
Saarland.....	29,4	30,6	30,7	27,4	9,9	8,6	8,8	9,8	-0,1
Sachsen.....	25,1	24,7	25,3	24,6	4,3	5,8	7,3	8,5	4,2
Sachsen-Anhalt.....	25,1	25,2	25,4	24,9	5,6	7,1	8,8	10,0	4,4
Schleswig-Holstein.....	28,3	28,8	28,7	26,5	9,0	8,7	8,6	8,6	-0,4
Thüringen.....	24,8	24,3	24,6	23,8	4,1	4,4	5,5	6,7	2,6
nachrichtlich:									
Westdeutschland ohne Berlin...	29,5	30,5	30,4	27,7	6,9	6,1	6,2	7,0	0,1
Ostdeutschland ohne Berlin.....	25,3	25,3	25,5	24,7	4,5	5,5	7,0	8,3	3,8

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Anteil der Hilfebezieher an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %.

Schaubild 3.1
Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Altersklassen am Jahresende 2004
Sozialhilfequoten nach Altersgruppen²⁾

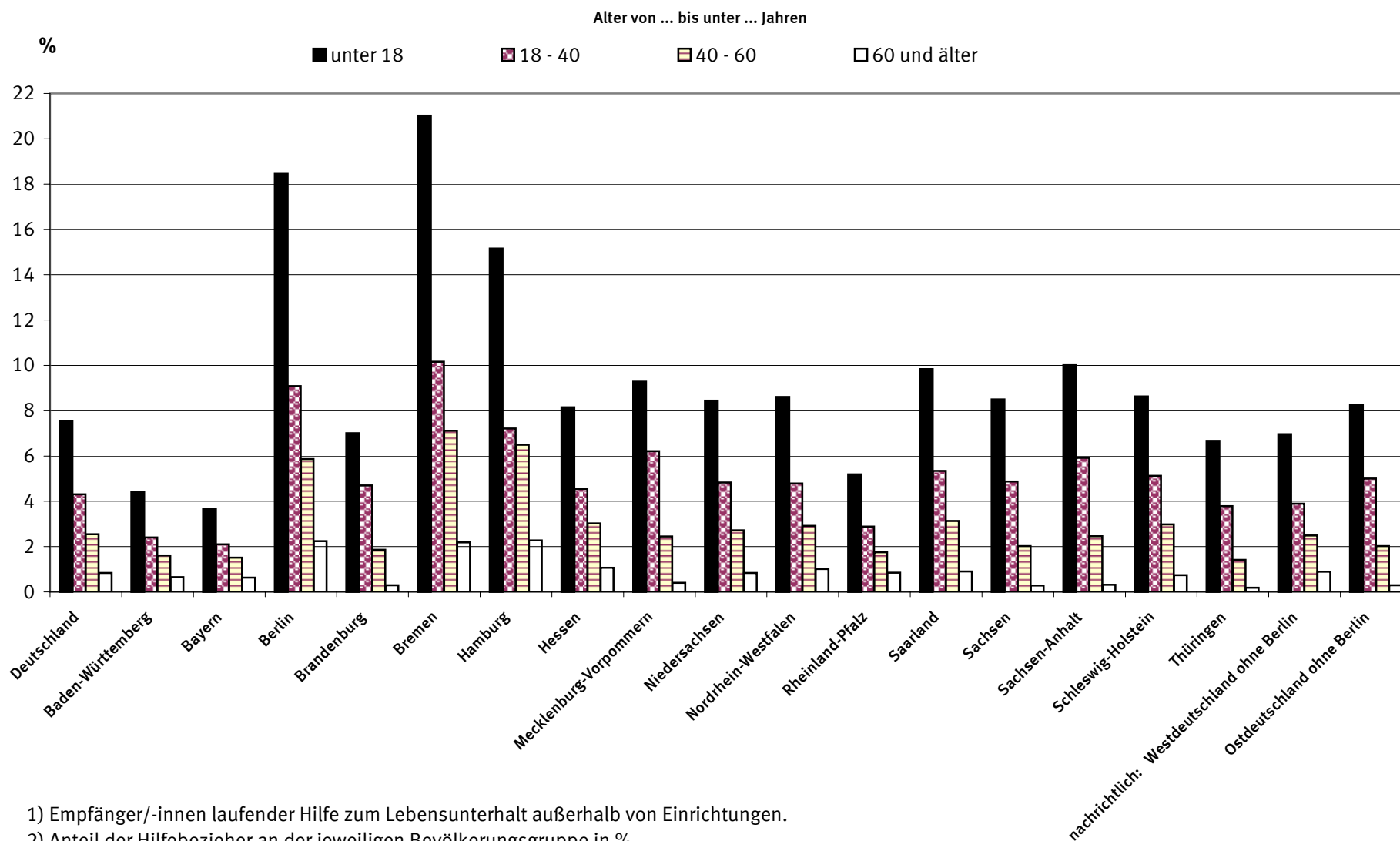


Schaubild 3.2
 Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Altersklassen am Jahresende 2004
 Anteil an den Empfängern je Land nach Altersgruppen

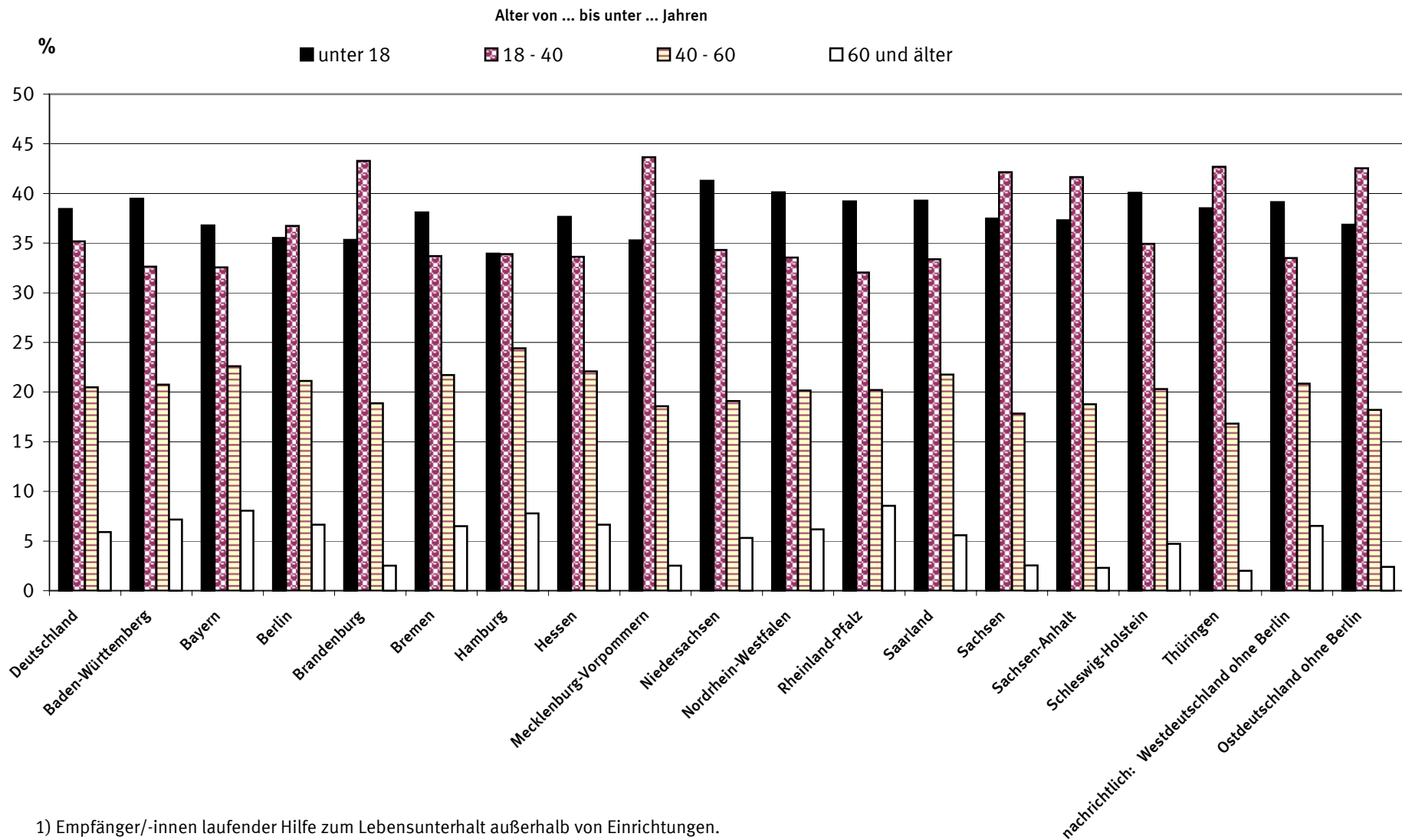


Tabelle 4.1
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2004

Haushaltsgröße

Land	Haushalte insgesamt ²⁾	Davon mit einer Haushaltsgröße von ... Personen							
		1		2		3		4 und mehr	
		Anzahl	% Anteil (Spalte 2/ Spalte 1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 4/ Spalte 1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 6/ Spalte 1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 8/ Spalte 1)
		1	2	3	4	5	6	7	8
Deutschland	1 268 813	608 766	48,0	302 223	23,8	191 820	15,1	166 004	13,1
Baden-Württemberg.....	102 002	46 824	45,9	26 528	26,0	15 703	15,4	12 947	12,7
Bayern.....	107 379	52 774	49,1	27 315	25,4	15 722	14,6	11 568	10,8
Berlin.....	126 862	71 505	56,4	24 111	19,0	15 431	12,2	15 815	12,5
Brandenburg.....	37 100	18 667	50,3	9 036	24,4	5 467	14,7	3 930	10,6
Bremen.....	26 216	14 154	54,0	5 642	21,5	3 312	12,6	3 108	11,9
Hamburg.....	60 466	34 967	57,8	11 753	19,4	7 308	12,1	6 438	10,6
Hessen.....	103 492	50 089	48,4	23 881	23,1	15 310	14,8	14 212	13,7
Mecklenburg-Vorpommern.....	33 716	16 921	50,2	8 159	24,2	5 020	14,9	3 616	10,7
Niedersachsen.....	133 190	60 152	45,2	31 533	23,7	21 350	16,0	20 155	15,1
Nordrhein-Westfalen.....	294 440	130 268	44,2	73 456	24,9	48 258	16,4	42 458	14,4
Rheinland-Pfalz.....	42 743	18 574	43,5	11 042	25,8	7 028	16,4	6 099	14,3
Saarland.....	19 203	8 631	44,9	4 698	24,5	3 048	15,9	2 826	14,7
Sachsen.....	59 799	26 953	45,1	15 413	25,8	9 868	16,5	7 565	12,7
Sachsen-Anhalt.....	45 416	22 251	49,0	10 936	24,1	6 847	15,1	5 382	11,9
Schleswig-Holstein.....	49 811	23 696	47,6	11 697	23,5	7 840	15,7	6 578	13,2
Thüringen.....	26 978	12 340	45,7	7 023	26,0	4 308	16,0	3 307	12,3
nachrichtlich:									
Westdeutschland ohne Berlin.....	938 942	440 129	46,9	227 545	24,2	144 879	15,4	126 389	13,5
Ostdeutschland ohne Berlin.....	203 009	97 132	47,8	50 567	24,9	31 510	15,5	23 800	11,7

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Nicht enthalten sind hier rund 191 000 Bedarfsgemeinschaften, die mit Personen in einem Haushalt leben, die selber nicht Sozialhilfe beziehen.

Schaubild 4.1
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Haushaltsgröße²⁾ am Jahresende 2004
Anteil an den Empfängerhaushalten je Land

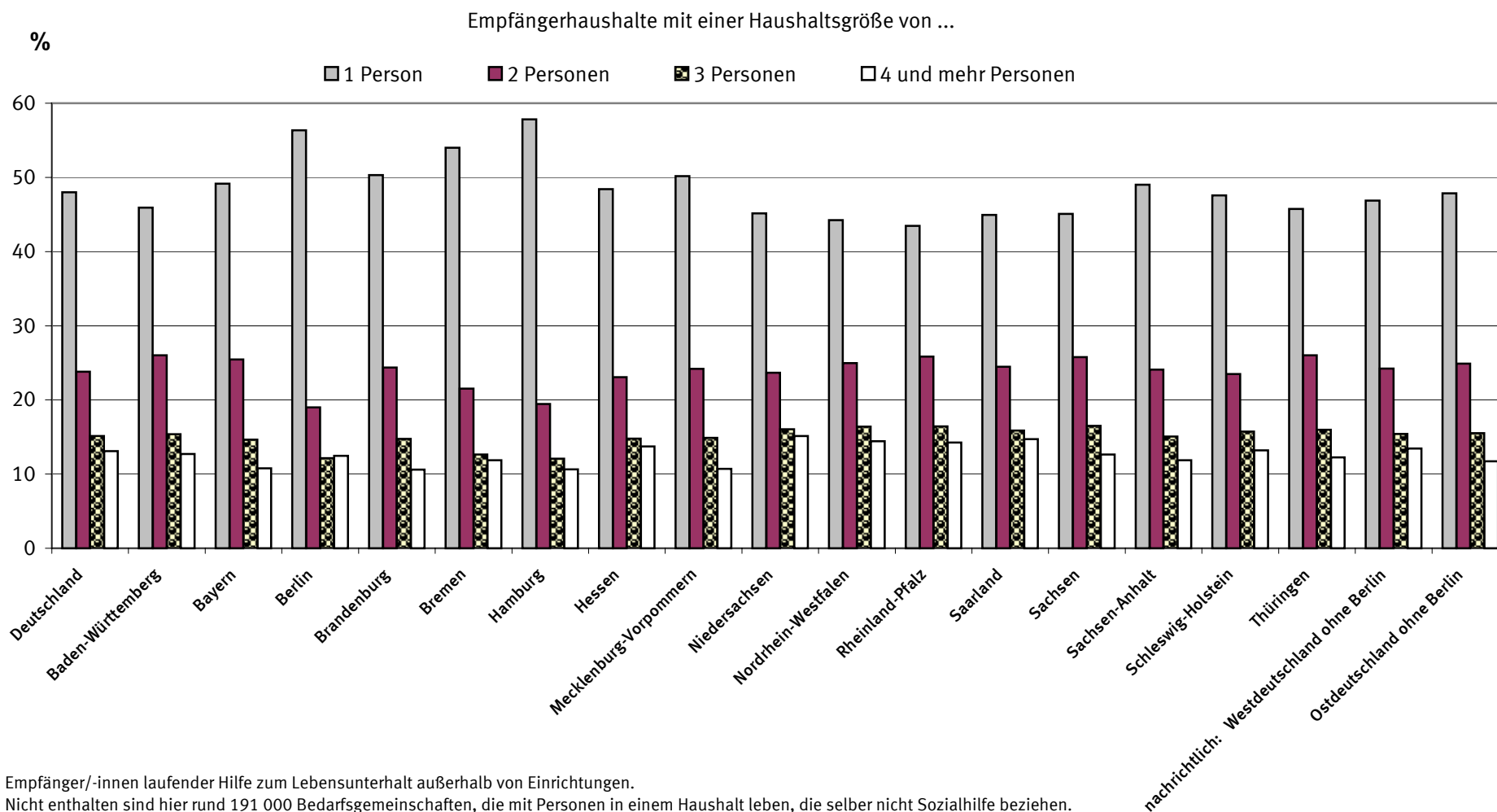


Tabelle 4.2.1
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2004

Haushaltstyp

Land	Haushalte insgesamt	Davon							
		Ehepaare		allein Stehende			allein erziehende...		Sonstige Haushalte
		ohne Kinder ²⁾	mit Kindern ²⁾	zusammen	davon		Männer	Frauen	
					Männer	Frauen			
Deutschland	1 459 811	97 975	165 594	573 656	306 878	266 778	12 725	360 111	249 750
Baden-Württemberg.....	115 048	8 207	12 323	41 550	21 625	19 925	859	32 032	20 077
Bayern.....	123 052	9 310	12 479	50 512	26 768	23 744	918	32 126	17 707
Berlin.....	143 533	8 264	15 883	71 407	42 399	29 008	1 346	26 293	20 340
Brandenburg.....	41 397	1 912	3 297	15 884	9 438	6 446	382	9 546	10 376
Bremen.....	30 857	2 021	3 206	13 295	6 917	6 378	252	7 383	4 700
Hamburg.....	68 035	4 894	7 881	32 915	18 581	14 334	565	13 920	7 860
Hessen.....	118 360	8 450	14 625	45 731	24 082	21 649	980	26 748	21 826
Mecklenburg-Vorpommern.....	36 793	1 820	2 810	14 953	9 176	5 777	330	8 449	8 431
Niedersachsen.....	149 051	9 026	17 223	53 789	27 429	26 360	1 331	38 453	29 229
Nordrhein-Westfalen.....	354 989	28 966	50 326	130 238	63 414	66 824	3 263	95 111	47 085
Rheinland-Pfalz.....	49 115	3 343	4 776	17 047	7 692	9 355	386	12 369	11 194
Saarland.....	21 960	1 388	2 360	8 080	3 651	4 429	171	5 339	4 622
Sachsen.....	71 243	3 756	6 625	28 743	16 662	12 081	700	18 102	13 317
Sachsen-Anhalt.....	49 852	2 217	3 764	18 399	11 227	7 172	489	11 690	13 293
Schleswig-Holstein.....	56 725	3 073	5 672	21 414	11 943	9 471	495	14 722	11 349
Thüringen.....	29 801	1 328	2 344	9 699	5 874	3 825	258	7 828	8 344
nachrichtlich:									
Westdeutschland ohne Berlin.....	1 087 192	78 678	130 871	414 571	212 102	202 469	9 220	278 203	175 649
Ostdeutschland ohne Berlin.....	229 086	11 033	18 840	87 678	52 377	35 301	2 159	55 615	53 761

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Kinder unter 18 Jahren.

Tabelle 4.2.2
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2004

Haushaltstyp

Land	Haushalte insgesamt	Davon							
		Ehepaare		allein Stehende			allein erziehende...		Sonstige Haushalte
		ohne Kinder ²⁾	mit Kindern ²⁾	zusammen	davon		Männer	Frauen	
					Männer	Frauen			
					Anteil vom Insgesamt in %				
Deutschland	1 459 811	6,7	11,3	39,3	21,0	18,3	0,9	24,7	17,1
Baden-Württemberg.....	115 048	7,1	10,7	36,1	18,8	17,3	0,7	27,8	17,5
Bayern.....	123 052	7,6	10,1	41,0	21,8	19,3	0,7	26,1	14,4
Berlin.....	143 533	5,8	11,1	49,7	29,5	20,2	0,9	18,3	14,2
Brandenburg.....	41 397	4,6	8,0	38,4	22,8	15,6	0,9	23,1	25,1
Bremen.....	30 857	6,5	10,4	43,1	22,4	20,7	0,8	23,9	15,2
Hamburg.....	68 035	7,2	11,6	48,4	27,3	21,1	0,8	20,5	11,6
Hessen.....	118 360	7,1	12,4	38,6	20,3	18,3	0,8	22,6	18,4
Mecklenburg-Vorpommern.....	36 793	4,9	7,6	40,6	24,9	15,7	0,9	23,0	22,9
Niedersachsen.....	149 051	6,1	11,6	36,1	18,4	17,7	0,9	25,8	19,6
Nordrhein-Westfalen.....	354 989	8,2	14,2	36,7	17,9	18,8	0,9	26,8	13,3
Rheinland-Pfalz.....	49 115	6,8	9,7	34,7	15,7	19,0	0,8	25,2	22,8
Saarland.....	21 960	6,3	10,7	36,8	16,6	20,2	0,8	24,3	21,0
Sachsen.....	71 243	5,3	9,3	40,3	23,4	17,0	1,0	25,4	18,7
Sachsen-Anhalt.....	49 852	4,4	7,6	36,9	22,5	14,4	1,0	23,4	26,7
Schleswig-Holstein.....	56 725	5,4	10,0	37,8	21,1	16,7	0,9	26,0	20,0
Thüringen.....	29 801	4,5	7,9	32,5	19,7	12,8	0,9	26,3	28,0
nachrichtlich:									
Westdeutschland ohne Berlin.....	1 087 192	7,2	12,0	38,1	19,5	18,6	0,8	25,6	16,2
Ostdeutschland ohne Berlin.....	229 086	4,8	8,2	38,3	22,9	15,4	0,9	24,3	23,5

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Kinder unter 18 Jahren.

Tabelle 4.2.3
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 1997, 2000 und 2004

Haushaltstyp

Land	1997					2000					2004				
	Ehepaare		Allein- stehende	Allein- erziehende	sonstige Haushalte	Ehepaare		Allein- stehende	Allein- erziehende	sonstige Haushalte	Ehepaare		Allein- stehende	Allein- erziehende	sonstige Haushalte
	ohne Kinder ²⁾	mit Kindern ²⁾				ohne Kinder ²⁾	mit Kindern ²⁾				ohne Kinder ²⁾	mit Kindern ²⁾			
	Anteil vom Insgesamt in %					Anteil vom Insgesamt in %					Anteil vom Insgesamt in %				
Deutschland	7,0	12,4	41,8	22,5	16,3	7,2	9,6	42,9	24,2	16,1	6,7	11,3	39,3	25,5	17,1
Baden-Württemberg.....	7,4	12,2	37,2	25,7	17,5	7,7	8,1	39,7	27,9	16,6	7,1	10,7	36,1	28,6	17,5
Bayern.....	7,8	9,9	42,1	24,2	15,5	8,5	7,0	44,6	26,0	14,0	7,6	10,1	41,0	26,9	14,4
Berlin.....	5,7	4,0	55,1	27,6	7,5	5,5	9,7	55,3	19,7	9,8	5,8	11,1	49,7	19,3	14,2
Brandenburg.....	4,8	11,1	37,2	24,9	22,1	5,1	8,4	37,9	26,3	22,5	4,6	8,0	38,4	24,0	25,1
Bremen.....	6,6	11,2	47,7	22,3	12,2	6,5	10,4	47,7	22,7	12,7	6,5	10,4	43,1	24,7	15,2
Hamburg.....	6,9	12,1	50,0	19,5	11,5	7,2	10,1	51,7	20,4	10,7	7,2	11,6	48,4	21,3	11,6
Hessen.....	7,4	13,6	42,0	19,8	17,3	8,0	10,7	42,3	21,6	17,4	7,1	12,4	38,6	23,4	18,4
Mecklenburg-Vorpommern.....	4,7	11,1	38,8	24,6	20,7	5,1	8,0	40,1	25,6	21,2	4,9	7,6	40,6	23,9	22,9
Niedersachsen.....	6,9	14,1	37,5	21,9	19,6	6,8	10,6	38,5	24,1	20,1	6,1	11,6	36,1	26,7	19,6
Nordrhein-Westfalen.....	8,2	13,0	39,6	22,5	16,7	8,8	10,7	41,4	24,3	14,8	8,2	14,2	36,7	27,7	13,3
Rheinland-Pfalz.....	7,2	11,7	39,1	21,1	20,9	7,6	8,2	40,3	23,1	20,8	6,8	9,7	34,7	26,0	22,8
Saarland.....	7,0	12,7	41,7	19,9	18,7	7,4	9,6	41,5	21,3	20,1	6,3	10,7	36,8	25,1	21,0
Sachsen.....	5,4	13,9	35,9	26,9	18,0	5,3	9,9	35,7	30,5	18,7	5,3	9,3	40,3	26,4	18,7
Sachsen-Anhalt.....	4,7	11,0	38,4	24,4	21,4	4,9	8,4	37,9	26,4	22,4	4,4	7,6	36,9	24,4	26,7
Schleswig-Holstein.....	5,8	11,3	42,8	23,5	16,6	5,9	8,8	42,8	25,5	17,1	5,4	10,0	37,8	26,8	20,0
Thüringen.....	5,4	12,7	32,0	27,0	22,9	4,4	7,6	33,5	30,5	24,1	4,5	7,9	32,5	27,1	28,0
nachrichtlich:															
Westdeutschland ohne Berlin.....	7,4	12,5	40,8	22,4	16,9	7,8	9,7	42,2	24,2	16,1	7,2	12,0	38,1	26,4	16,2
Ostdeutschland ohne Berlin.....	5,0	12,1	36,6	25,6	20,7	5,0	8,7	37,0	28,1	21,3	4,8	8,2	38,3	25,2	23,5

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Kinder unter 18 Jahren.

Schaubild 4.2
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹ am Jahresende 2004
Anteil an allen Haushalten je Land in %
Haushaltstyp

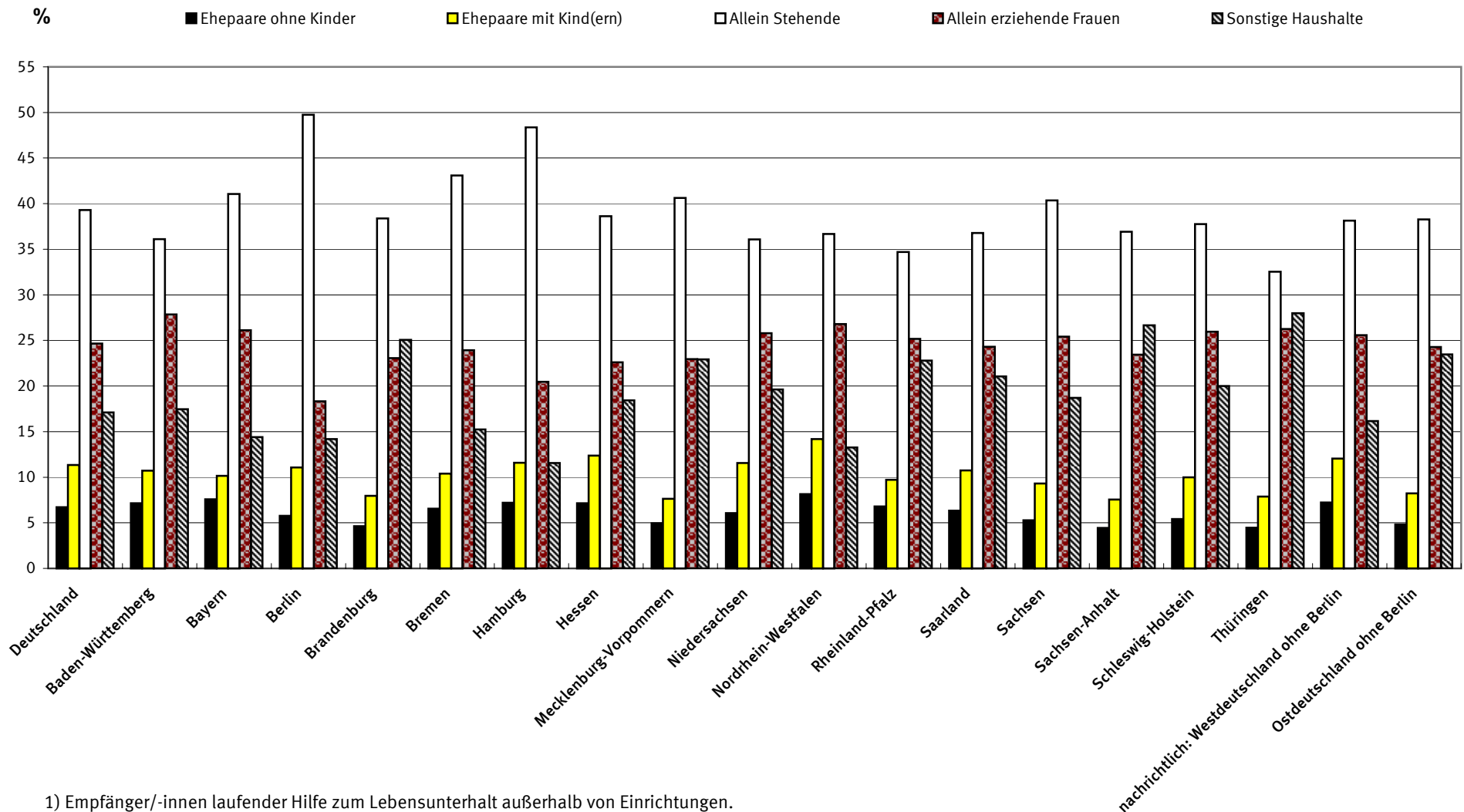


Tabelle 4.3
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2004

Land	Haushalte insgesamt	Darunter					
		Ausgewählte Haushalte mit 2 und mehr Kindern ²⁾		davon			
				Ehepaare mit 2 und mehr Kindern ²⁾		allein erziehende Frauen mit 2 und mehr Kindern ²⁾	
	Anzahl		%-Anteil (Spalte 2/ Spalte 1)	Anzahl	%-Anteil (Spalte 4/ Spalte 1)	Anzahl	%-Anteil (Spalte 6/ Spalte 1)
	1	2	3	4	5	6	7
Deutschland	1 459 811	260 227	17,8	99 731	6,8	160 496	11,0
Baden-Württemberg.....	115 048	21 878	19,0	7 534	6,5	14 344	12,5
Bayern.....	123 052	20 923	17,0	6 980	5,7	13 943	11,3
Berlin.....	143 533	21 656	15,1	10 301	7,2	11 355	7,9
Brandenburg.....	41 397	5 372	13,0	1 832	4,4	3 540	8,6
Bremen.....	30 857	5 334	17,3	2 049	6,6	3 285	10,6
Hamburg.....	68 035	10 635	15,6	4 499	6,6	6 136	9,0
Hessen.....	118 360	21 164	17,9	9 079	7,7	12 085	10,2
Mecklenburg-Vorpommern.....	36 793	4 693	12,8	1 500	4,1	3 193	8,7
Niedersachsen.....	149 051	29 286	19,6	11 068	7,4	18 218	12,2
Nordrhein-Westfalen.....	354 989	74 527	21,0	30 018	8,5	44 509	12,5
Rheinland-Pfalz.....	49 115	8 713	17,7	2 868	5,8	5 845	11,9
Saarland.....	21 960	3 845	17,5	1 453	6,6	2 392	10,9
Sachsen.....	71 243	10 781	15,1	3 652	5,1	7 129	10,0
Sachsen-Anhalt.....	49 852	6 726	13,5	2 062	4,1	4 664	9,4
Schleswig-Holstein.....	56 725	10 349	18,2	3 520	6,2	6 829	12,0
Thüringen.....	29 801	4 345	14,6	1 316	4,4	3 029	10,2
nachrichtlich:							
Westdeutschland ohne Berlin.....	1 087 192	206 654	19,0	79 068	7,3	127 586	11,7
Ostdeutschland ohne Berlin.....	229 086	31 917	13,9	10 362	4,5	21 555	9,4

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Kinder unter 18 Jahren.

Schaubild 4.3

Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 2004
 Anteil der Haushalte mit zwei und mehr Kindern an allen Empfängerhaushalten²⁾

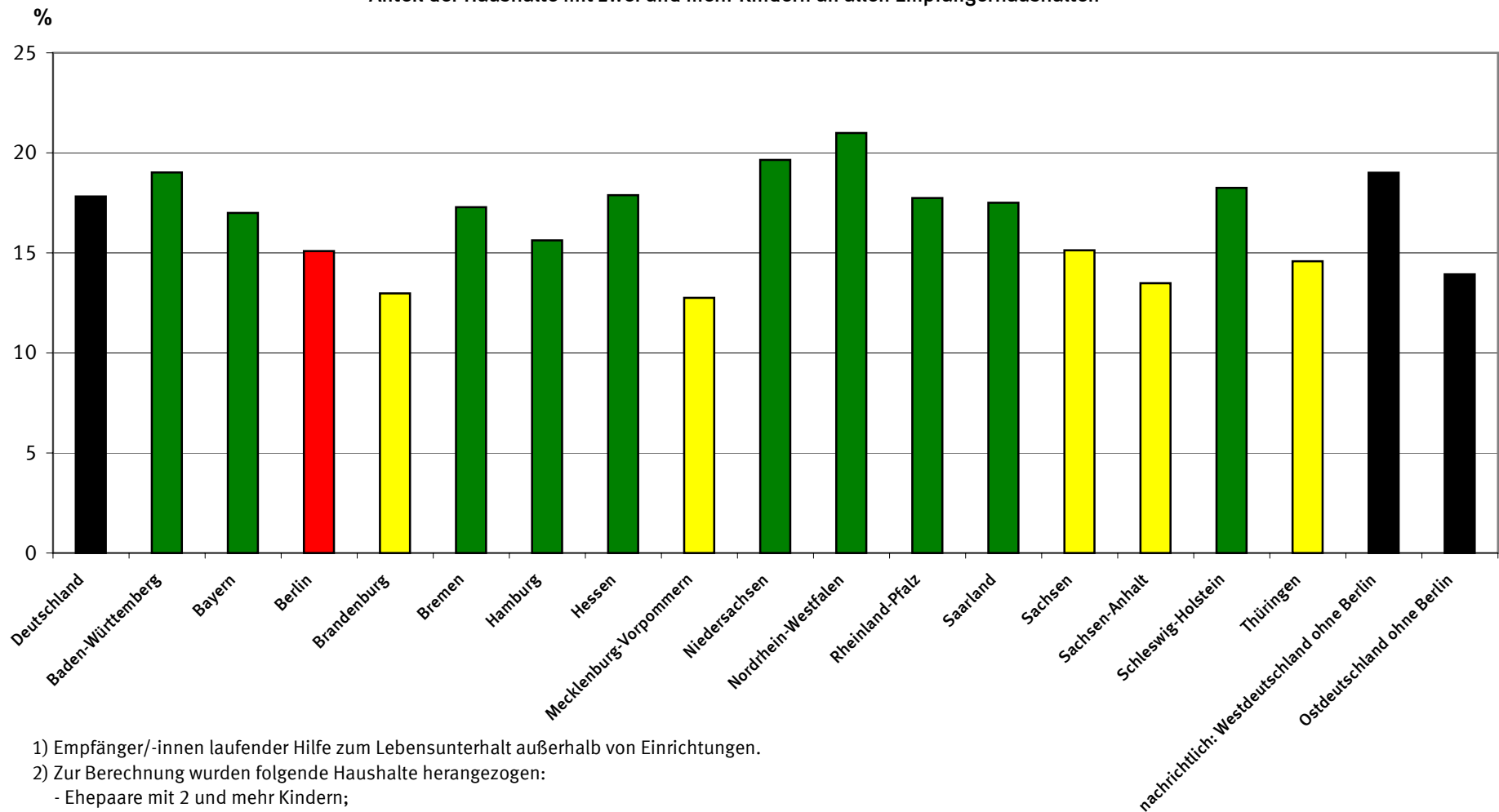


Tabelle 5.1
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2004
Bedarfsentstehung und Bedarfsdeckung

Land	Haushalte insgesamt	Durchschnittliche monatliche Beträge in EUR				
		Brutto- bedarf	davon		angerech- netes Einkommen	Netto- anspruch
			Brutto- kalt- miete	Regelbedarf etc. ²⁾		
	Anzahl	EUR (gerundet)				
Deutschland	1 459 811	876	302	574	471	405
Baden-Württemberg.....	115 048	909	320	589	499	410
Bayern.....	123 052	842	303	539	443	399
Berlin.....	143 533	879	324	555	456	423
Brandenburg.....	41 397	754	236	518	452	302
Bremen.....	30 857	930	300	629	477	453
Hamburg.....	68 035	872	400	473	458	414
Hessen.....	118 360	960	328	632	455	504
Mecklenburg-Vorpommern.....	36 793	768	243	525	446	322
Niedersachsen.....	149 051	924	307	617	516	408
Nordrhein-Westfalen.....	354 989	895	307	588	475	420
Rheinland-Pfalz.....	49 115	855	281	574	466	389
Saarland.....	21 960	861	282	579	479	382
Sachsen.....	71 243	774	240	534	469	305
Sachsen-Anhalt.....	49 852	773	230	543	445	329
Schleswig-Holstein.....	56 725	901	298	603	484	417
Thüringen.....	29 801	760	219	540	450	310
nachrichtlich:						
Westdeutschland ohne Berlin...	1 087 192	899	314	585	476	422
Ostdeutschland ohne Berlin.....	229 086	767	235	532	454	313

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Regelsätze, lfd. Heizkosten, ggfs. Mehrbedarfszuschläge, Krankenversicherungsbeiträge, etc.

Schaubild 5.1.1
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 2004
Durchschnittliche monatliche Beträge in EUR
Bedarfsentstehung

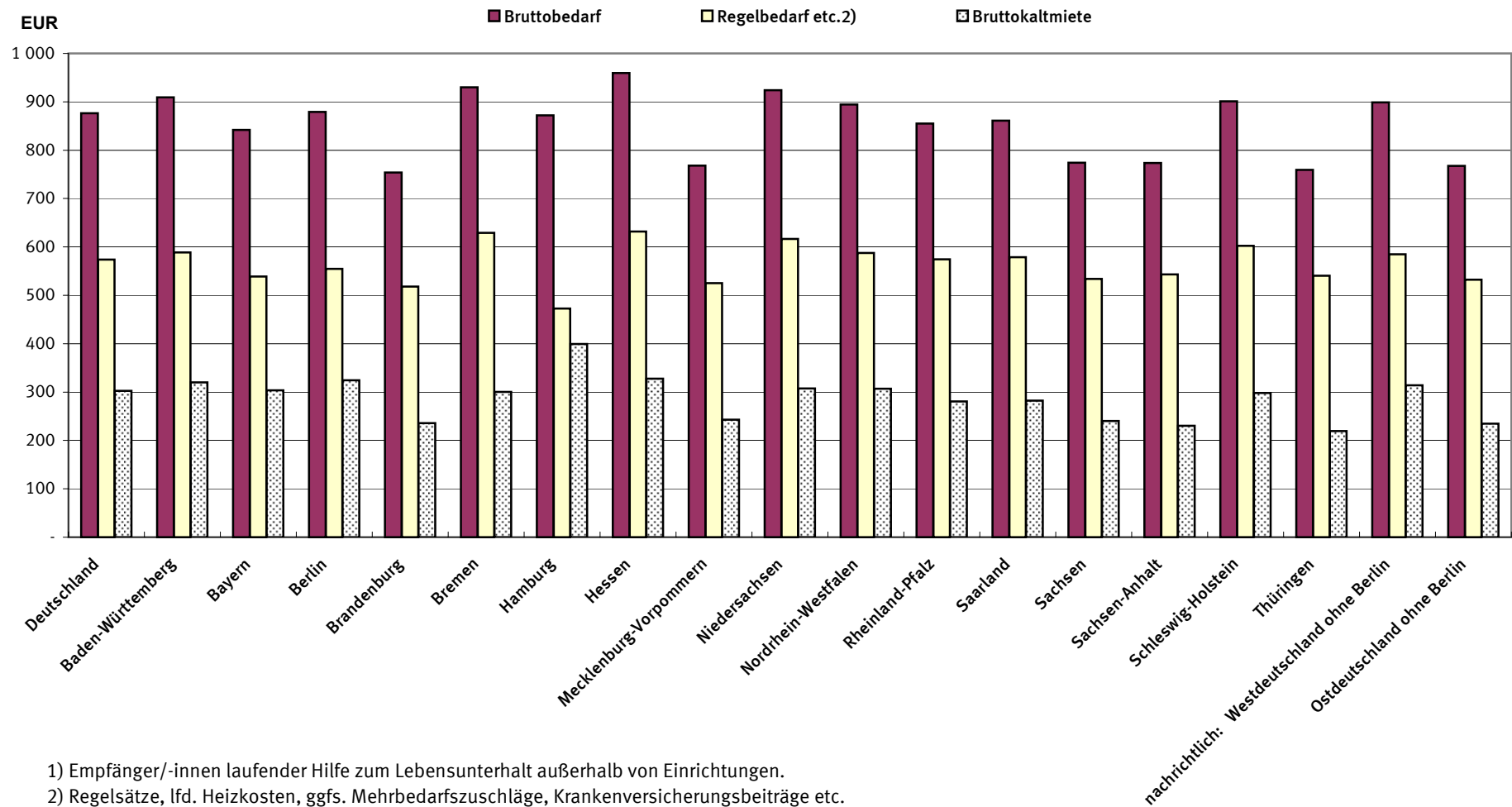


Schaubild 5.1.2
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 2004
Durchschnittliche monatliche Beträge in EUR
Bedarfsdeckung

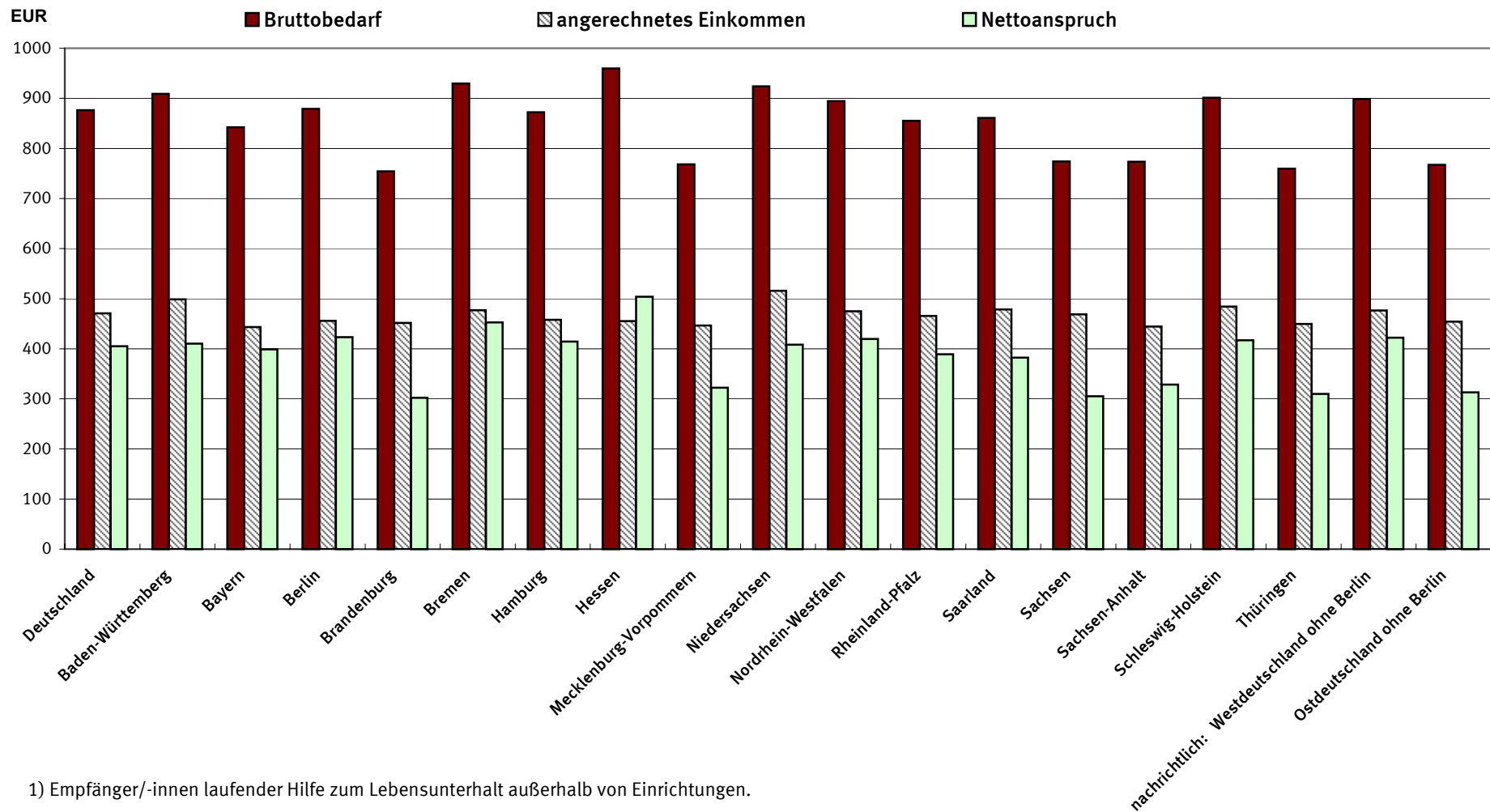


Tabelle 5.2
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2004
Bedarfsentstehung und Bedarfsdeckung

Land	Durchschnittliche monatliche Beträge in EUR									
	Bruttobedarf		davon				angerechnetes Einkommen		Nettoanspruch	
			Bruttokaltmiete		Regelbedarf etc. ²⁾					
	EUR (gerundet)									
Deutschland	876		302		574		471		405	
	Abweichung vom ø Deutschland									
	in EUR	in %	in EUR	in %	in EUR	in %	in EUR	in %	in EUR	in %
Baden-Württemberg.....	+ 33	3,7%	+ 18	5,9%	+ 15	2,6%	+ 28	5,9%	+ 5	1,3%
Bayern.....	- 34	-3,9%	+ 1	0,3%	- 35	-6,1%	- 28	-5,9%	- 6	-1,6%
Berlin.....	+ 3	0,3%	+ 22	7,2%	- 19	-3,3%	- 15	-3,2%	+ 18	4,4%
Brandenburg.....	- 122	-13,9%	- 67	-22,0%	- 56	-9,7%	- 19	-4,1%	- 103	-25,4%
Bremen.....	+ 54	6,1%	- 2	-0,6%	+ 55	9,7%	+ 6	1,3%	+ 47	11,7%
Hamburg.....	- 4	-0,5%	+ 97	32,1%	- 101	-17,6%	- 13	-2,8%	+ 9	2,2%
Hessen.....	+ 83	9,5%	+ 25	8,3%	+ 58	10,1%	- 15	-3,3%	+ 99	24,4%
Mecklenburg-Vorpommern.....	- 108	-12,3%	- 59	-19,7%	- 48	-8,4%	- 25	-5,3%	- 83	-20,5%
Niedersachsen.....	+ 48	5,5%	+ 5	1,6%	+ 43	7,5%	+ 45	9,5%	+ 3	0,8%
Nordrhein-Westfalen.....	+ 18	2,1%	+ 5	1,5%	+ 14	2,4%	+ 4	0,9%	+ 14	3,6%
Rheinland-Pfalz.....	- 21	-2,4%	- 22	-7,2%	+ 1	0,1%	- 5	-1,1%	- 16	-3,9%
Saarland.....	- 15	-1,7%	- 20	-6,6%	+ 5	0,8%	+ 8	1,6%	- 23	-5,7%
Sachsen.....	- 102	-11,7%	- 62	-20,6%	- 40	-7,0%	- 2	-0,5%	- 100	-24,7%
Sachsen-Anhalt.....	- 103	-11,7%	- 72	-23,9%	- 31	-5,4%	- 26	-5,6%	- 77	-18,9%
Schleswig-Holstein.....	+ 25	2,8%	- 4	-1,3%	+ 29	5,0%	+ 13	2,8%	+ 12	2,8%
Thüringen.....	- 117	-13,3%	- 83	-27,5%	- 34	-5,8%	- 21	-4,5%	- 95	-23,5%
nachrichtlich:										
Westdeutschland ohne Berlin.....	+ 23	2,6%	+ 11	3,7%	+ 11	2,0%	+ 6	1,2%	+ 17	4,2%
Ostdeutschland ohne Berlin.....	- 109	-12,4%	- 67	-22,3%	- 41	-7,2%	- 17	-3,5%	- 92	-22,7%

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Regelsätze, lfd. Heizkosten, ggfs. Mehrbedarfzuschläge, Krankenversicherungsbeiträge, etc.

Schaubild 5.2
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2004
Durchschnittlicher Anteil des Nettoanspruchs am Bruttobedarf in %

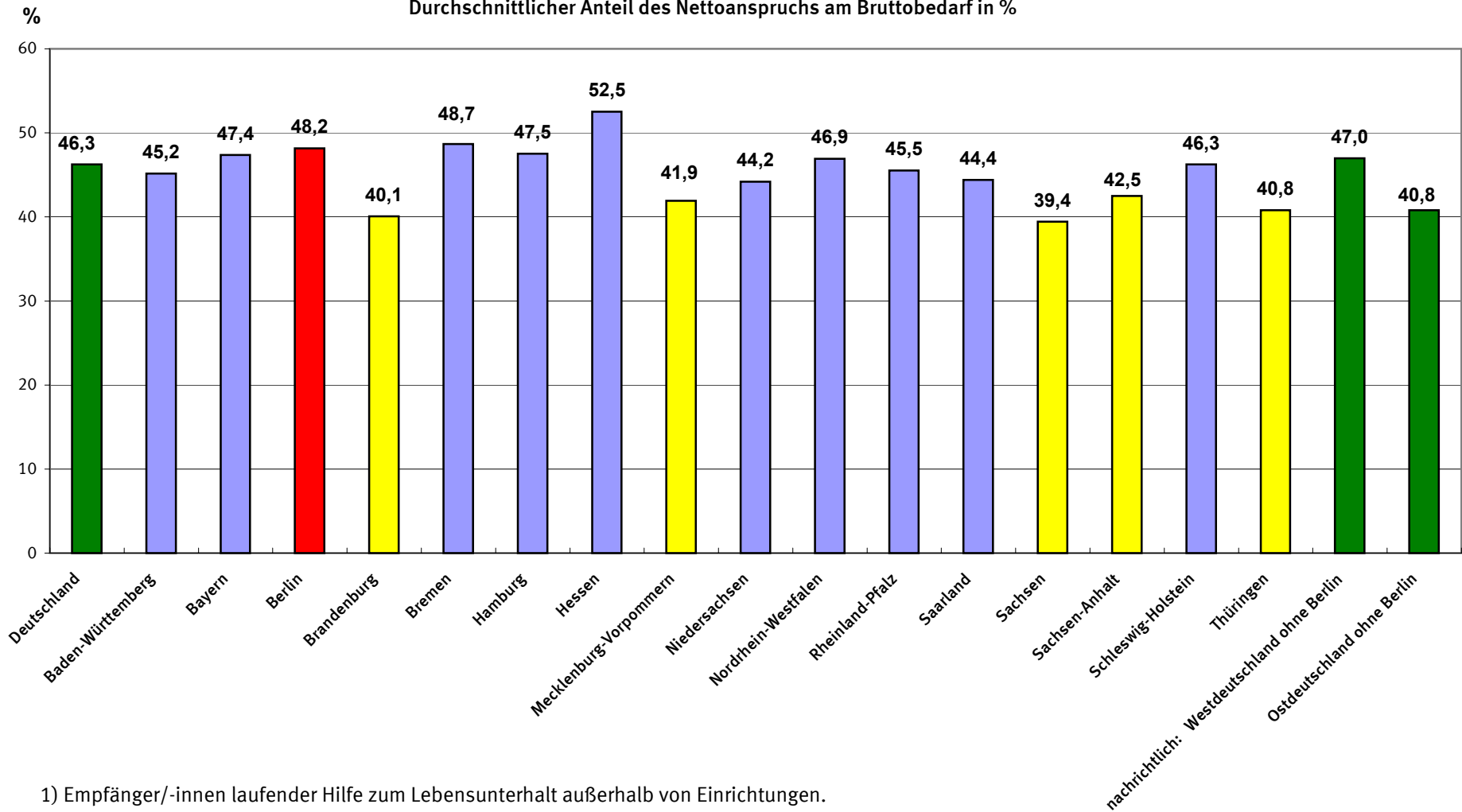


Tabelle 6.1
Sozialhilfe- und Arbeitslosenquote für das Jahr 2004

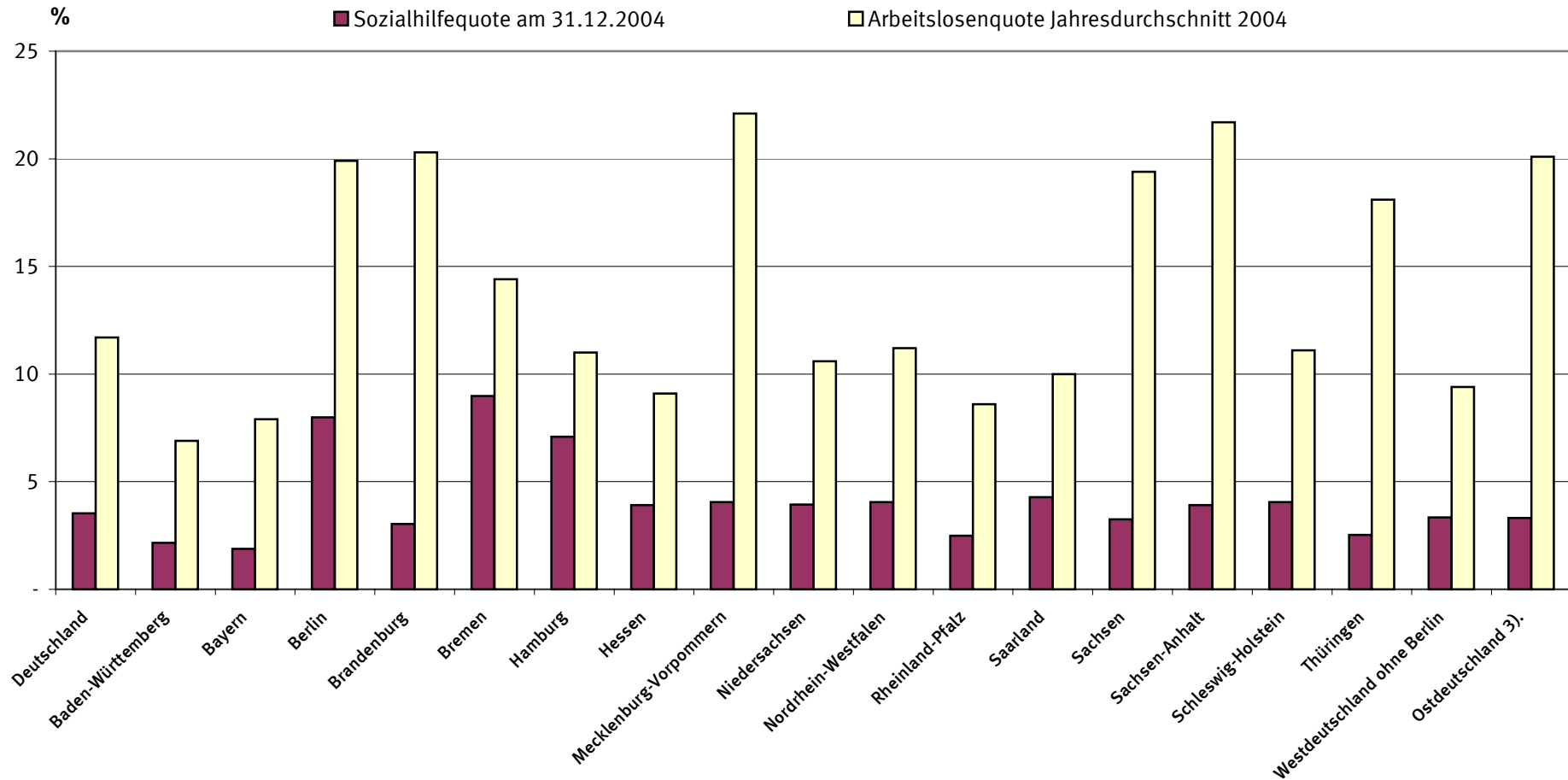
Land	Sozialhilfequote ¹⁾ 31.12.2004	Arbeitslosenquote ²⁾ Jahresdurchschnitt 2004
	%	
Deutschland.....	3,5	11,7
Baden-Württemberg.....	2,2	6,9
Bayern.....	1,9	7,9
Berlin.....	8,0	19,9
Brandenburg.....	3,0	20,3
Bremen.....	9,0	14,4
Hamburg.....	7,1	11,0
Hessen.....	3,9	9,1
Mecklenburg-Vorpommern.....	4,1	22,1
Niedersachsen.....	3,9	10,6
Nordrhein-Westfalen.....	4,0	11,2
Rheinland-Pfalz.....	2,5	8,6
Saarland.....	4,3	10,0
Sachsen.....	3,2	19,4
Sachsen-Anhalt.....	3,9	21,7
Schleswig-Holstein.....	4,1	11,1
Thüringen.....	2,5	18,1
nachrichtlich:		
Westdeutschland ohne Berlin.....	3,3	9,4
Ostdeutschland 3).	3,3	20,1

1) Anteil der Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der jeweiligen Bevölkerung in %.

2) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte und Arbeitslose); Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.

3) Sozialhilfequote berechnet ohne Berlin; Arbeitslosenquote berechnet mit Berlin.

Schaubild 6.1
Sozialhilfe¹⁾- und Arbeitslosenquote²⁾ für das Jahr 2004



1) Anteil der Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der Bevölkerung in %.

2) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen, Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

3) Sozialhilfequote berechnet ohne Berlin, Arbeitslosenquote berechnet mit Berlin.

Tabelle 7.1
Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
zum Jahresende nach Bundesländern

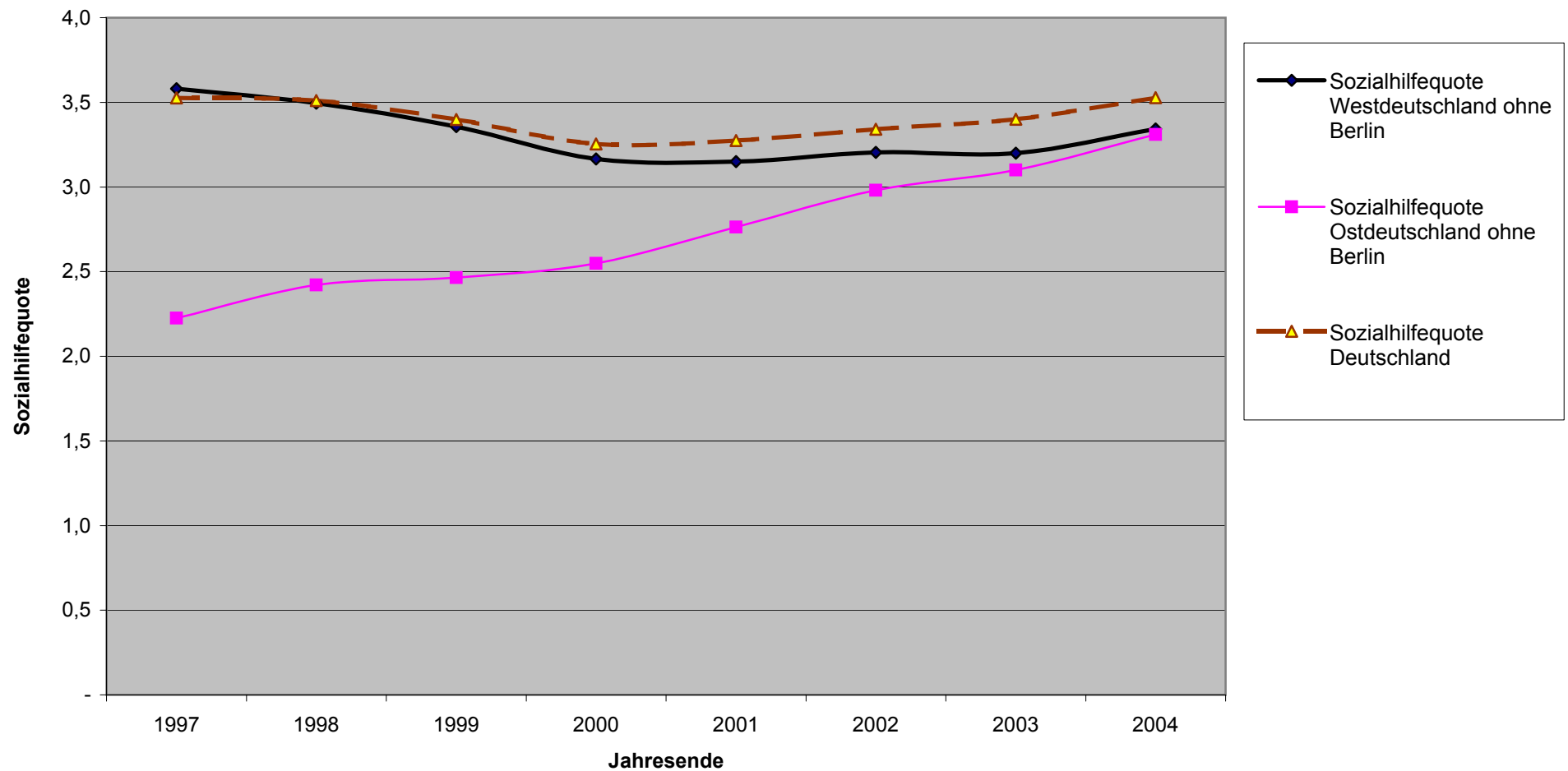
Land	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003 ³⁾	2004
	Anzahl							
Baden-Württemberg	253 891	243 374	226 917	208 647	209 488	222 670	228 190	231 842
Bayern	246 643	238 454	223 131	210 570	211 787	224 263	223 198	233 890
Berlin	268 393	281 692	272 744	265 818	261 733	251 747	260 535	270 585
Brandenburg	55 230	57 866	57 644	58 095	65 861	71 227	76 160	78 010
Bremen	71 348	67 861	65 532	62 441	60 678	58 888	60 981	59 548
Hamburg	143 954	140 110	126 325	120 461	117 431	120 884	119 239	122 908
Hessen	262 196	252 817	242 408	233 321	229 344	239 189	238 910	238 517
Mecklenburg-Vorpommern	46 562	50 792	51 476	51 220	56 863	61 972	65 646	69 783
Niedersachsen	337 340	334 716	316 730	309 275	306 767	312 782	311 923	315 583
Nordrhein-Westfalen	695 116	689 731	694 573	646 718	659 367	653 743	682 909	731 943
Rheinland-Pfalz	123 277	114 623	109 583	101 862	100 067	102 399	102 830	100 985
Saarland	53 886	51 334	48 148	46 023	45 748	44 865	43 422	45 172
Sachsen	89 558	99 989	103 676	110 089	118 415	126 310	133 256	139 594
Sachsen-Anhalt	73 165	80 302	82 047	85 848	87 987 ²⁾	93 492	95 204	97 639
Schleswig-Holstein	123 780	125 319	122 585	119 007	117 086	119 818	118 361	114 645
Thüringen	48 839	50 342	48 960	47 724	50 240	52 963	55 484	59 582
Deutschland	2 893 178	2 879 322	2 792 479	2 677 119	2 698 862	2 757 212	2 816 248	2 910 226
nachrichtlich:								
Westdeutschland ohne Berlin	2 311 431	2 258 339	2 175 932	2 058 325	2 057 763	2 099 501	2 129 963	2 195 033
Ostdeutschland ohne Berlin	313 354	339 291	343 803	352 976	379 366	405 964	425 750	444 608

¹⁾ Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

²⁾ Durch eine hier nicht berücksichtigte Nacherhebung kommt es zu einer Untererfassung von 879 Hilfeempfängern.

³⁾ Inklusive geringfügiger nachträglicher Korrekturen von Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.

Schaubild 7.1
Sozialhilfequote¹⁾ im Zeitverlauf



1) Anteil der Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung zum Ende des jeweiligen Berichtsjahres

Tabelle 7.2
Sozialhilfequoten¹⁾ am Jahresende nach Ländern

Land	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003 ²⁾	2004
	in Prozent							
Baden-Württemberg	2,4	2,3	2,2	2,0	2,0	2,1	2,1	2,2
Bayern	2,0	2,0	1,8	1,7	1,7	1,8	1,8	1,9
Berlin	7,8	8,3	8,1	7,9	7,7	7,4	7,7	8,0
Brandenburg	2,1	2,2	2,2	2,2	2,5	2,8	3,0	3,0
Bremen	10,6	10,2	9,9	9,5	9,2	8,9	9,2	9,0
Hamburg	8,4	8,2	7,4	7,0	6,8	7,0	6,9	7,1
Hessen	4,3	4,2	4,0	3,8	3,8	3,9	3,9	3,9
Mecklenburg-Vorpommern	2,6	2,8	2,9	2,9	3,2	3,6	3,8	4,1
Niedersachsen	4,3	4,3	4,0	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9
Nordrhein-Westfalen	3,9	3,8	3,9	3,6	3,7	3,6	3,8	4,0
Rheinland-Pfalz	3,1	2,8	2,7	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Saarland	5,0	4,8	4,5	4,3	4,3	4,2	4,1	4,3
Sachsen	2,0	2,2	2,3	2,5	2,7	2,9	3,1	3,2
Sachsen-Anhalt	2,7	3,0	3,1	3,3	3,4	3,7	3,8	3,9
Schleswig-Holstein	4,5	4,5	4,4	4,3	4,2	4,3	4,1	4,1
Thüringen	2,0	2,0	2,0	2,0	2,1	2,2	2,3	2,5
Deutschland	3,5	3,5	3,4	3,3	3,3	3,3	3,4	3,5
nachrichtlich:								
Westdeutschland (ohne Berlin)	3,6	3,5	3,4	3,2	3,2	3,2	3,2	3,3
Ostdeutschland (ohne Berlin)	2,2	2,4	2,5	2,5	2,8	3,0	3,1	3,3

¹⁾ Anteil der Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung zum Ende des jeweiligen Berichtsjahres.

²⁾ Inklusive geringfügiger nachträglicher Korrekturen von Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.

Tabelle 8.1
Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach möglichem Anspruch auf Leistungen nach dem
Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG)

Vergleich der Berichtsjahre 2003 und 2004
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Land	31.12.2003 ²⁾				31.12.2004				Veränderung 2003 zu 2004 in %			
	Empfänger Insgesamt	davon			Empfänger Insgesamt	davon			Empfänger Insgesamt	davon		
		unter 65 Jahre und nicht voll erwerbsgem.	voll erwerbs- gemindert (18 bis 64 J.)	65 Jahre und älter		unter 65 Jahre und nicht voll erwerbsgem.	voll erwerbs- gemindert (18 bis 64 J.)	65 Jahre und älter		unter 65 Jahre und nicht voll erwerbsgem.	voll erwerbs- gemindert (18 bis 64 J.)	65 Jahre und älter
Baden-Württemberg.....	228 190	215 537	3 210	9443	231 842	220 758	2 809	8275	+ 1,6	+ 2,4	- 12,5	- 12,4
Bayern.....	223 198	211 037	3 090	9 071	233 890	221 621	3 537	8732	+ 4,8	+ 5,0	+ 14,5	- 3,7
Berlin.....	260 535	244 728	4 986	10 821	270 585	257 436	4 285	8864	+ 3,9	+ 5,2	- 14,1	- 18,1
Brandenburg.....	76 160	74 807	520	833	78 010	77 051	353	606	+ 2,4	+ 3,0	- 32,1	- 27,3
Bremen.....	60 981	57 643	1 005	2 333	59 548	57 024	731	1793	- 2,3	- 1,1	- 27,3	- 23,1
Hamburg.....	119 239	112 512	2 183	4 544	122 908	116 915	1 878	4115	+ 3,1	+ 3,9	- 14,0	- 9,4
Hessen.....	238 910	225 966	3 314	9 630	238 517	228 641	2 534	7342	- 0,2	+ 1,2	- 23,5	- 23,8
Mecklenburg-Vorpommern.....	65 646	64 438	402	806	69 783	68 869	284	630	+ 6,3	+ 6,9	- 29,4	- 21,8
Niedersachsen.....	311 923	296 820	3 187	11 916	315 583	305 421	2 358	7804	+ 1,2	+ 2,9	- 26,0	- 34,5
Nordrhein-Westfalen.....	682 909	645 174	12 209	25 527	731 943	703 303	8 997	19643	+ 7,2	+ 9,0	- 26,3	- 23,1
Rheinland-Pfalz.....	102 830	94 907	1 805	6 118	100 985	94 751	1 263	4971	- 1,8	- 0,2	- 30,0	- 18,7
Saarland.....	43 422	41 633	487	1 302	45 172	43 736	378	1058	+ 4,0	+ 5,1	- 22,4	- 18,7
Sachsen.....	133 256	130 917	727	1 612	139 594	137 658	647	1289	+ 4,8	+ 5,1	- 11,0	- 20,0
Sachsen-Anhalt.....	95 204	93 568	404	1 232	97 639	96 246	643	750	+ 2,6	+ 2,9	+ 59,2	- 39,1
Schleswig-Holstein.....	118 361	114 897	1 088	2 376	114 645	112 025	743	1877	- 3,1	- 2,5	- 31,7	- 21,0
Thüringen.....	55 484	54 766	243	475	59 582	59 014	210	358	+ 7,4	+ 7,8	- 13,6	- 24,6
Deutschland	2 816 248	2 679 350	38 860	98 039	2 910 226	2 800 469	31 650	78 107	+ 3,3	+ 4,5	- 18,6	- 20,3
nachrichtlich:												
Westdeutschland ohne Berlin	2 129 963	2 016 126	31 578	82 260	2 195 033	2 104 195	25 228	65 610	+ 3,1	+ 4,4	- 20,1	- 20,2
Ostdeutschland ohne Berlin	425 750	418 496	2 296	4 958	444 608	438 838	2 137	3 633	+ 4,4	+ 4,9	- 6,9	- 26,7

¹⁾ Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

²⁾ Inklusive geringfügiger nachträglicher Korrekturen von Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein

Tabelle 8.2
Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ ab 65 Jahren
Vergleich der Berichtsjahre 2002, 2003 und 2004
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Land	2002	2003 ²⁾	Veränderung 2003 zu 2002	2004	Veränderung 2004 zu 2003	Veränderung 2004 zu 2002
	65 Jahre und älter	65 Jahre und älter		65 Jahre und älter		
Baden-Württemberg.....	18 199	9 443	-48,1%	8 275	-12,4%	-54,5%
Bayern.....	23 491	9 071	-61,4%	8 732	-3,7%	-62,8%
Berlin.....	13 252	10 821	-18,3%	8 864	-18,1%	-33,1%
Brandenburg.....	2 293	833	-63,7%	606	-27,3%	-73,6%
Bremen.....	3 933	2 333	-40,7%	1 793	-23,1%	-54,4%
Hamburg.....	9 482	4 544	-52,1%	4 115	-9,4%	-56,6%
Hessen.....	20 034	9 550	-52,3%	7 342	-23,1%	-63,4%
Mecklenburg-Vorpommern.....	2 037	806	-60,4%	630	-21,8%	-69,1%
Niedersachsen.....	20 451	11 916	-41,7%	7 804	-34,5%	-61,8%
Nordrhein-Westfalen.....	48 058	25 527	-46,9%	19 643	-23,1%	-59,1%
Rheinland-Pfalz.....	9 385	6 118	-34,8%	4 971	-18,7%	-47,0%
Saarland.....	3 662	1 302	-64,4%	1 058	-18,7%	-71,1%
Sachsen.....	3 900	1 612	-58,7%	1 289	-20,0%	-66,9%
Sachsen-Anhalt.....	2 575	1 232	-52,2%	750	-39,1%	-70,9%
Schleswig-Holstein.....	6 922	2 233	-67,7%	1 877	-15,9%	-72,9%
Thüringen.....	1 700	475	-72,1%	358	-24,6%	-78,9%
Deutschland	189 374	97 816	-48,3%	78 107	-20,1%	-58,8%
nachrichtlich:						
Westdeutschland ohne Berlin	163 617	82 037	-49,9%	65 610	-20,0%	-59,9%
Ostdeutschland ohne Berlin	12 505	4 958	-60,4%	3 633	-26,7%	-70,9%

¹⁾ Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

²⁾ Inklusive geringfügiger nachträglicher Korrekturen von Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.